

Gürtel der Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Gürtel der Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schumannstraße Nr. 69/58, und die Post zu bestellen. — Preis vierseitiglich M. 1.80. Monatlich 35 Pfg. — Postleitzahl Nr. 1069, letzter Nachtrag.

Die Ausgabegebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Ausgabe 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen mit 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Interesse für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr vormittags, größere Tugs vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 31.

Mittwoch, den 7. Februar 1906.

13. Jahrg.

Fliegende Meldungen.

Läßt uns neue Taten sehen!

Die Wahlrechtsdemonstration des Proletariates am 21. Januar bildete nicht den Abschluß, sondern den Beginn des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die preußische Dreiklassen-Gesetzgebung. Wenn sich die Reaktion eingebildet haben sollte, die Empörung der Massen gegen das „elendste aller Wahlsysteme“, die am 21. Januar einen so mächtigen Ausdruck fand, werde bald wieder abflauen, so befindet sie sich in einem verbündnisvollen Zustand.

Die Reaktion tut nicht minder, wenn sie wähnt, der Empörung der ihre Bürgerrechte fordern Arbeiterklasse auf, die Dauer durch das Aufgebot der Polizeistab und Bejonne-Trock bilden zu können. Wenn auch das Proletariat nicht daran denkt, sich in den von der Reaktion so heiß erachteten Straßenkampf einzulassen, so veragt es gleichwohl über ausreichende Machtmittel, den Widerstand der reaktionären Gewalten zu brechen. Seine Waffen sind der Appell an die Freiheit, das Gerechtigkeitsgefühl der entzückten Volksmassen, die rassistische Agitation gegen das brutale Kloßregiment der bestehenden Klassen. Diesen unbestieglichen Geisteswaffen muß und wird es gelingen, die Wehrhaftigkeit des Volkes, die unter der Klasseherrschaft und Klasseunterdrückung leidet, um das Banner des Wahlrechtskampfes zu scharen. Die sozialdemokratische Agitation wird die bürgerlichen Parteien, in deren Reihen sich noch proletarische Wähler befinden, zu bringen, Stellung zum Wahlrechtskampf zu nehmen. Und zwar Stellung nicht durch wahlfeile Reden, sondern durch die Tat! Sie wird sie bringen, im preußischen Abgeordnetenhaus selbst energisch den Kampf gegen das Dreiklassengesetz aufzunehmen und sich gleichzeitig an dem Wahlrechtskampf durch Massentumgebungen zu beteiligen.

Die preußischen Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes haben am heutigen Tage folgende Petition abgeschickt:

„An die beiden Häuser des Preußischen Landtages zu Berlin.“

Aus 21. Januar haben hunderttausende preußische Staatsangehörige in vielen Hunderden von Versammlungen, die der Vorstand der sozialdemokratischen Partei angeregt habe, gegen das für die Wahlen zur Zweiten Kammer des Landtages geltende Dreiklassengesetz energisch protestiert; dieselben haben weiter resolved, daß sie an Stelle des Dreiklassengesetzes die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts, die das 20. Lebensjahr erreicht haben, verlangen und daß die Wahlen auf Grund des Verhältniswahlsystems stattfinden sollen.

Die Protestierenden sind bei ihren Forderungen von der Aufsicht ausgegangen, daß das bestehende Dreiklassengesetz am mit dem alten Bismarck zu rechnen, daß widerständische und elende Wahlsystem ist, das es ist. Dass auf Grund desselben eine Wahl, durch die der Wille des Volkes zum Ausdruck kommt, unmöglich ist, wird schon dadurch bewiesen, daß die stärkste Partei im preußischen Staat, die sozialdemokratische Partei, die bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903 über 1.600.000 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigte und 27 Abgeordnete in den Reichstag sandte, und bei der Abgeordnetenwahl für die Zweite Kammer im Herbst 1903 über 315.000 Stimmen, d. h. nahezu 20 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, auch nicht einen Vertreter in die Zweite Kammer des Landtages zu entsenden vermochte.

Das arbeitende Volk Preußens, auf dem in erster Linie die Existenz und die Wohlfahrt des Staates beruht, ist also von jeder Vertretung seiner Interessen im Landtage ausgeschlossen. Dieser plakative Charakter des bestehenden Dreiklassengesetzes ist seit seiner Einführung durch Otto von Bismarck 1849 immer stärker zum Ausdruck gekommen. Das geltende Wahlsystem ist also der blutigste Höhepunkt Recht und Gerechtigkeit. Eine honigsüße Staatsangehörige, die durch die Wehrhaftigkeit ihrer Zahl unschädlich wäre, den Staat zu erhalten, haben die ganze politische Macht in ihren Händen und diktieren Gesetz, wie sie Ihnen die Förderung ihrer Klasseninteressen vorschreibt.

Eia solch ungeheuerlicher Zustand muß notwendig bei der großen Wählermasse der 3. Klasse Pfg. und Förderung oder Gleichgültigkeit gegen den Bestand eines Staatswesens hervorrufen, daß die sehr große Mehrheit seiner Bürger als Helfer behauptet, indem es sie zu politischen Nüssen degradiert.

Wir richten deshalb im Namen der vielen Hunderttausenden, die am 21. Januar gegen die schreckliche Ungerechtigkeit des bestehenden Wahlsystems protestierten, an die beiden Häuser des Landtages hiermit ergebnisst das Gefüge:

Dieselben wollen beschließen:

Die Regierung aufzufordern, so schnellig wie möglich

den beiden Häusern des Landtages einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den alle Staatsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Wahlen zum Landtage erhalten und diese Wahlen auf Grund des Verhältniswahlsystems stattfinden.

Berlin, den 3. Februar 1906.

Hochachtungsvoll ergebnisst:
die preußischen Mitglieder des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands:
Bebel, Eberhardt, Molkenbuhr, Braun, Luch, Singer, Wengels.

Damit sind die Parteien des preußischen Wahlloches in die unausweichliche Notwendigkeit versetzt, die Forderungen der preußischen Arbeiterklasse entweder zu den Indern zu machen oder sie zu bekämpfen. Es ist unmöglich, diese Forderung, die im Namen von Millionen politisch Erwachter erhoben wird, zu ignorieren.

Der Punkt ist da, wo die Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses, die noch mit den Stimmen aus der Arbeiterklasse rechnen, Farbe bekleiden müssen. Mit billigen Redensarten, mit Versprechungen läßt sich das Proletariat nicht mehr abspielen. Es will Taten sehen, voll wichtige Beweise für die „Wahlrechtsfreiheit“, die angeblich demokratischen Prinzipien. Und diese Taten müssen nur darin bestehen, daß die Parteien schneidig den Antrag auf Einführung des Dreiklassengesetzes und Errichtung desselben durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht stellen!

In erster Linie gilt es für die freisinnigen Parteien, vergeblich die einleitenden Schritte zum Wahlrechtskampf zu unternehmen. Sie können sich dieser Pflicht um so weniger entziehen, als ja die freisinnige Presse in den letzten Wochen unbedingt beteuert hat, daß der Freisinn der ehrlichen Verfechter einer demokratischen Wahlrechtsreform in Preußen sei. Wir haben zwar wiederholt darauf gezeigt, daß der Vorreiter des heutigen Freisinn, die preußische Fortschrittspartei, seinerzeit vom allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht nichts habe wissen wollen, und daß auch die bisherigen Aktionen des Freisinn selbst zugunsten dieses Wahlrechts überaus schwächer gewesen seien. Aber wir wollen gern alle Sünden des Freisinn vergessen, wenn er jetzt wenigstens beweist, daß er es aufsichtig mit der Erfüllung der Wahlrechte meint. Der Freisinn hat ja umso mehr Ursache, gemeinsam mit der Sozialdemokratie den Kampf anzunehmen, als es sich ja auch um eine freisinnige Forderung handelt, die es durchzusetzen gilt. Verlangt doch das auf dem Eisenacher Parteitag 1894 aufgestellte allgemeine Parteiprogramm der freisinnigen Volkspartei

Reform des Wahlrechts in den Bundesstaaten, und zwar vergeblich, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Reichstagswahlrecht auch auf die Landtagswahlen der Einzelstaaten ausgedehnt werde.

Die freisinnige Vereinigung hat sogar noch 1903 die Forderung einer solchen Wahlrechtsreform mit aller Dringlichkeit erhoben. Nahm doch die Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen Stadt nach den letzten Landtagswahlen am 11. Oktober 1903 eine Resolution an, in der es hieß:

„Die Macht der reaktionären Parteien kann nur gebrochen werden durch eine gründliche Reform des Landtagswahlrechts. Als erste befriedigende Reform ist allein der Erfolg des Dreiklassengesetzes durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie wir es im Reiche haben, anzusehen.“

Die freisinnige Vereinigung wußt sich bereits in aller jüngster Zeit mit der Frage des Wahlrechtskampfs zu beschäftigen haben. Am 17. und 18. Februar findet nämlich eine Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen Stadt, auf der auch der Abgeordnete Theodor Barth über „Die Reform des politischen Wahlrechts in den deutschen Großstädten“ spricht wird. Nimmt der Freisinn beider Rücksichten den Wahlrechtskampf auf, so kämpft er also nur für seine eigenen Forderungen! Setzt er nicht seine vollen Kräfte ein, so verlängert er schwlos seine eigenen Prinzipien!

Aber auch das Zentrum wird nicht umhin können, seine angebliche Gegnerschaft gegen die Dreiklassen-Gesetzgebung endlich einmal zu beweisen. Ist es doch schon mehr als drei Jahrzehnte her, daß das Zentrum für eine Wahlrechtsreform in Preußen eingetreten ist. Seit 1874 der Zeit des Kulturkampfes, hat das Zentrum keinen Finger mehr gerührt, um eine Wahlrechtsreform durchzuführen, im Gegenteil hat es sogar gegen die Anträge gestimmt, eine Neuerstellung der Wahlrechtsreform entsprechend der Bevölkerungsverteilung vorzunehmen. Dass dem Zentrum jetzt das Feuer auf den Rücken zu brennen beginnt, beweist der Artikel der „Germania“, der der Reaktion zugesetzt, doch endlich

dem Wahlrechtskampf nachzugeben. Das Zentrum ist sich also mit Freisinn und Sozialdemokratie angeblich etwa in der Verurteilung des Dreiklassengesetzes — was es jetzt endlich auch durch die Tat beweisen, daß seine Verurteilungen des Gesetzes des preußischen Proletariats doch etwas anderes sind, als volksbetrende Phrasen!

So nimmt die Petition des Parteivorstandes den bürgerschaftlichen Parteien die Möglichkeit, sich mit faulen Redensarten an der Aktion vorbeizudrehen. Der Phrasen sind genug gebrechelt: die Arbeiterklasse will endlich Handlungen voll Mark und Nachdruck sehen! Sie erwartet, daß Freisinn und Zentrum ohne Höhern den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts stellen und mit aller Energie verfechten. Dafür, daß diese parlamentarische Aktion im ganzen Lande Resonanz findet, wird sie Sorge tragen. Freilich erwartet sie zugleich, daß Zentrum und Freisinn auch ihre Wählermassen zu machtvollen Kundgebungen auf die Straße bringen!

Versagen Freisinn und Zentrum, so führt die Sozialdemokratie den Kampf aus eigener Kraft weiter. Aber nicht nur gegen die offene Reaktion der Fünfer, sondern auch gegen die heimliche Reaktion des Freisinn und des Zentrums!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag hörte gestern bei der Fortsetzung der sozialpolitischen Debatte drei echte und rechte Scharfmacherreden und die sehr kröpfige und verlästige Reaktion, die ihnen der Genossen Stüdlen zuteilt werden ließ. Herr v. Kardorff, der alte Gründer der Laubahütte, eröffnete mit seinem Geschwätz die Debatte. Er produzierte die Weisheit, daß das Genossenschaftswesen die Energie herabsetze, daß kleine Männer nicht zur Auszahlung gelangen dürften, daß die christlichen Gewerkschaftler so lässig seien wie die sozialdemokratischen, daß die Gewerkschaften überhaupt bei Streiks es nicht besser treiben, als die Sozialdemokratie, und aus all dem zog er den überraschenden Schluss, daß es gar keinen Kloßrechtskampf gäbe, daß eine Interessenharmonie zwischen den Unternehmern und Arbeitern besteht, die wahrscheinlich er und sein selliger Parteigenosse Stüdlen im Buchhaus Gesch. verdeckt seien. Bei den beiden andern Rednern aus den bürgerlichen Parteien, dem Zentrum abgeordneten Erzberger und dem Nationalliberalen Wasser mann, war die scharfmacherische Grundtendenz durch Mittelstandsfordeungen oder auch Wünsche auf minimale Verbesserungen der Lebensverhältnisse der Arbeiter nicht soweit verdeckt, daß sie nicht bei jedem zweiten Satz wieder deutlich zum Durchbruch gekommen wären. Neben im Tone des Freisinnigen Rudan beschimpfte Herr Wasser mann die Wahlrechtsdemonstration am 21. Januar und im Stile der Begründung zur sogenannten Buchhaus-Vorlage klagte Herr Erzberger gar beweglich über den Terrorismus, nicht etwa der katholischen Gesellschaften, die frei organisierten Arbeitern die Gnadenmittel der Kirche verweigern, sondern über den Terrorismus der freien Gewerkschaften gegen die christlich organisierten, von denen er selbst zugeben mußte, daß sie in vielen Fällen als Streikbrecher auftreten. Er gestand auch ganz unumwunden, daß, wo wirklich unfaulhafter Zwang auf andersdenkende Arbeiter ausgetüft worden sei, die Führer der Partei und Gewerkschaftsbewegung ihn unabköhlig gemäßigt hätten. Wozu also all die langen Erzählungen über die armee terroristen Christen, wenn nicht, um bei der Regierung und den Mehrheitsparteien Stimmung für neue Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter zu machen. Demgegenüber zeigte Genosse Stüdlen an der Hand der von ihm auf das Eingehendste studierten Gewerbe-Inspektions-Berichte, wie unbesiedigend in Wahrheit die Lage der Arbeiter ist und wie dringend die Erfüllung der Forderungen, die wir an die sozialpolitische Gesetzgebung stellen. Mit dem selgen, vermeintlichen Liberalismus des Abg. Mugdan, der selbst dieses überberüchtigte Beilwort noch unverständlich ist, ging er zuerst scharf ins Gericht und hielt nach, wie gerade die Geschicklichkeit der Arbeiter ausgedrückt werden kann, die Scharfmacher in die größte Angst versetzt. Er verschliefte auch nicht, den Scharfmachern aus allen Ländern den Dank dafür abzustatten, daß sie mehr und mehr die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer klassenlage und zum Anschluß an die Partei bringen. — Heute geht die Debatte weiter. Vorher geht eine Anfrage unserer Genossen an den Reichsanziger, warum gegen die am Dienstag auf der Bühne „Vorussia“ schuldige Bierwaltung noch immer nicht gerichtlich eingekettet sei.

Der bayrische Wahlgesetzentwurf wurde gestern in der Kammer der Reichsräte angenommen. Prinz Ludwig, der Sohn des bayrischen Regenten, gab einen Überblick über die ganze Wahlrechtsbewegung in Bayern und hob dabei hervor, daß der Aussall der letzten Wahlen und die längst erfolgte einstimmige Annahme des Wahlgesetzentwurfs in der Abgeordnetenkammer gezeigt hätten, daß das Land ein neues Wahlgesetz wolle.

Alle Abänderungswünsche müßten jetzt zurücktreten vor dem Gedanken, daß, wenn der Reichsrat jetzt seine Zustimmung gäbe, ein Gesetz zu stande komme, mit welchem die große Mehrheit des Landes zufrieden sei. — Für den Prinzen ist also der Wille des Volkes maßgebend. Wir konstatieren das hiermit ausdrücklich und empfehlen den „Bürokratischen Anzeigen“ diese Rede zum eisigen Studium!

Zum Amerikaner Skandal. Der Gouverneur von Kamerun Fesko v. Puttkamer ist nunmehr in Berlin eingetroffen. Wie das Schriftblatt dem „Berl. Volksatz.“ mitteilt, ist er auch bereits von dem Kolonialsektor et cetera empfangen worden. Das Blatt meldet darüber:

„Fesko v. Puttkamer ist während der Tage seines Besuchs vom Eisprinzen zu Hohenlohe-Bangenburg verabschiedt worden, sich über die in seinem Kolonialgebiete vorgenommenen Verhältnisse von Hohenlohe zu äußern. Ein abschließendes Urteil über die im Reichstage zur Sprache gebrachten Vorwürfe ist zur Stunde nicht möglich, da zu einer erschöpfenden Antwort über verschiedene Punkte beim Gouverneur naturgemäß die notwendige Zeit gelassen werden muß. Die Entscheidung der Angelegenheit dürfte aber erst in einigen Tagen zu erwarten sein.“

Sehn, wie es den Anschein hat, diese Mitteilung des Schriftblattes wieder einmal einen halbsozialen Charakter tragen sollte, so muß denn doch bemerkt werden, daß eine „Entscheidung der Angelegenheit“ auch in „einigen Tagen“ nicht erfolgen kann, da eine „Untersuchung“ doch unmöglich dann als abgeschlossen gelten kann, sobald der Angeklagte vernommen worden ist. Herr v. Puttkamer wird sich natürlich herauszureden suchen und sich wahrscheinlich auch auf die Gerichtsakten berufen. Es wird aber gerade behauptet, daß hier das „Gericht“ mit Puttkamer unter einer Decke gestellt habe! Eine Untersuchung kann also nur an Ort und Stelle vorgenommen werden und zwar durch eine absolute unabhängige, mit der Kolonialverwaltung in keiner Weise verbundene Untersuchungskommission! Geht man nicht in dieser Weise den Dingen auf den Grund, so bleibt jede Untersuchung nur eine Farce!

Die Aussichten der Reichsfinanzreform. Die „Völker. Volksztg.“ erhält aus Parlamentskreisen eine Kennzeichnung der augenblicklichen Lage der Reichsfinanzreform. Nach den Kommissionsbeschlüssen, wird in der Zeitschrift ausgeführt, setzt von der Bruststeuerer erhöhung, die 67 Millionen habe bringen sollen, nur ein Ertrag von 24, ja noch der in der zweiten Leistung zu erwartenden Abwendung der Staffelung nur von 21 Millionen zu erwarten. Der erhoffte Ertrag von 28 Millionen aus der Tabaksteuer werde überhaupt in Fortfall kommen, und die Zigarettensteuer werde statt der erhofften 15 Millionen nur 6 Millionen bringen. Ebensoviel sei die Aufnahme der Lusttanz- und Frachtkostensteuer, bei der mit einem Betrage von 57 Millionen gerechnet worden sei, zu erwarten. Alles das bedeute dann zusammen schon einen Ausfall der gesorderten Steuern von 141 Millionen. „Selbstverständlich“ könne dieser Ausfall durch eine höhere Besteuerung der Erbschaftsteuer nicht gedeckt werden; im Gegenteil sei es fraglich, ob die Regierung nach der Erfüllung der Erbschaftsteuer einlassen werde. Sei aber bergstalt die ganze Reichsfinanzreform gescheitert, so bleibe nichts anderes übrig, als durch das neue Flottengesetz auf 200 Millionen anwachsende jährliche Defizit durch eine Erhöhung der Matrosenarbeitszeit zu decken. Beim ersten werden dann allein 120 Millionen an Matrosenarbeitszeiten aufzuwenden haben, was ihm nur möglich sei, wenn es die Einkommensteuer um 50, 60 ja allmählich bis zu 76 Prozent erhöhe. Dieser Weg wäre vielleicht auch der vernünftigste, würden dann doch wenigstens die Leistungsfähiger zum Steuerzahlen herangezogen. — Der „Reichsbote“, das dem „christlichen“ Herrn Stöder politisch so nahestehende Organ, ist über diese Perspektive ganz entsezt. Durch solche „sozialistische“ Vorschläge nähere sich das Zentrum immer mehr der „Politik der Sozialdemokratie“. Setzt es doch eine unglaubliche Zumutung an die Besitzenden, 50—76 Prozent Einkommensteuer mehr zu zahlen, da diese die Mehrbelastung nicht tragen“ könnten. Selbst wenn die Pression des Zentrums nur dahin gehen sollte, schließlich doch der vom Zentrum empfohlenen „fabelhaften“ Erbschaftsteuer zur Annahme zu verhelfen, so sei dies ein unerhörtes Vorgehen. — Wir fürchten, daß das „christliche“ Blatt für uns nicht ausgeregt hat. Dafür, daß sich das Zentrum nicht allzu energisch für eine „fabelhafte“ Erbschaftsteuer ins Bild legt, sorgen schon die Zentrumspolitiker des „Reichslichen Bauernvereins“ und die übrigen Zentrumskapitalisten. Wie es denn überhaupt erst abzuwarten ist, ob das Zentrum nicht doch noch in gewohnter Weise umfällt. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß das Zentrum ein kategorisches Nein sagt, um im Augenblick der Entscheidung ein verschämtes Ja zu kippen. Es wäre nichts geschräglicher, als wenn die Arbeiterklasse sich durch die Zentrumsdemagogie in Sicherheit einschlüßen ließe.

Internationale Verkehrsansetzung. Die Abgeordneten Raepf, Müller-Sagan und Schmidt-Giersfeld brachten im Reichstage nomens der Freisinnigen Volkspartei eine Resolution ein, in der der Reichskanzler erfuhr wird, für spätestens 1912 die Abhaltung einer internationalen Verkehrss. Ausstellung in Berlin in Erwägung zu ziehen.

Krieg mit Amerika? Die in Berlin erscheinende „Nationalberale Korrespondenz“ schreibt zu den handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika:

Die Schwierigkeiten, einen neuen handelspolitischen Zustand zwischen dem Deutschen Kaiserreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika herbeizuführen, sind in maßgebenden deutschen Regierungs- und parlamentarischen Kreisen niemals verkannt worden. Wenn nenerdings in amerikanischen Depeschen die Rede davon ist, Deutschland werde sich auf ein Handelsvertragsprovisorium von sechs Monaten einlassen, so können wir dem gegenüber positiv verkünden, daß im Bundesstaate die Meinung überwiegt, es sei besser, es auf einen Krieg mit den Vereinigten Staaten ankommen zu lassen, als auf Abschlagszahlungen von einer Minderwertigkeit einzugehen, die nicht wohl unterboten werden könne.

Wir halten diese Nachricht nur für einen Versuch, durch

Drohungen den Yuxxes zu imponieren. Ganz wäre es ein gar zu fevelhaftes Spiel, das mit den Wirtschaftsinteressen Deutschlands gespielt würde. Bei einem Kriege mit Amerika wäre es in erster Linie die deutsche Industrie, die die Rechte zu bezahlen hätte, und die ihrerseits wieder die Lasten auf die Arbeiter abwälzen würde. Nur den Agrarern wäre mit einem Kriege gedient, und sie haben ihre ganze Politik daran angelegt, es zu einem derartigen wirtschaftlichen Konflikt zu treiben.

Rusland.

Vom „konstitutionellen“ Selbstherrscher. Die „Novoj. Wremja“ teilt mit: Die Meldung, daß Graf Witte erklärt habe, die unbeschrankte Gewalt des Kaisers werde durch das Manifest vom 30. Oktbr. in keiner Weise berührt, hat die Petersburger und Moskauer Abteilung des Verbandes vom 30. Oktober veranlaßt, in einer Sitzung unter dem Vorst. Schiparow dazu Stellung zu nehmen, da der Verband sich nur unter der Voraussetzung für das Ministerium ausgesprochen habe, daß es die im Manifest verholteten konstitutionellen Grundlagen geschaffen werde. Der Verband hält dafür, daß das Manifest vom 30. Oktober die Gewalt des Monarchen beschreibt und nur den historischen Titel „Selbstherr“ unberührt lasse, der vom Grundgesetz nicht mit dem Begriff der unbedrängten Herrschaft identifiziert werde, die Bestätigung des Titels könne Vollzwieren hervorruhen. Betreffs des Titels auf die Verfassung sprach der Verband sich dahin aus, daß der Kd. nicht vom Kaiser Nikolaus, wohl aber von seinen Nachfolgern zu setzen sei.

Ein Nachfolger Rasputins? Wie der „Schlesischen Volksztg.“ berichtet wird, soll für die Freilassung eines herausragenden Mitgliedes der Sozialdemokratischen Partei für Polen und Litauen (derselben Organisation, der unser braver Genosse Kaprzel angehört) der russischen Behörde eine Kaution von 30 000 Rubeln angeboten werden sein. Der Rasputin, der bereits im vorigen Jahre zusammen mit Rasputin dem Galgen nahe war, soll 28 Jahre alt sein, aus Krakau stammen und ein von den russischen Behörden gefürchteter revolutionärer Agitator sein. Die Bemühungen, ihn freizubekommen, sind nach dem genannten Blatte geschert!

Die Buchhandlung und der Verlag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Progreß“ in Magdeburg ist durch die Administration geschlossen worden. Die Arbeiterpartei hatte im Laufe der letzten 7—8 Jahre mit ihrem „unterirdischen“ Arbeiten nahezu 70 sozialdemokratische Bücher herausgegeben. Mit dem öffentlichen Auftreten hat sie ihre Tätigkeit und ihre Mittel gewaltig vergrößert und einen Absatz in den Arbeitsschulen gefunden, der bisher kaum denkbar erschien. Die Arbeiterleiter wurden in mehreren Auflagen in 500 000 Exemplaren gedruckt. „Das Erfurter Programm“ von Kautsky und „Der Glaube des Kapitalismus“ von Lafargue in einer Auflage von 20—30 000 Exemplaren. Außerdem erschienen viele andere Schriften. Man war darauf vorbereitet, daß die Administration eines Tages die elterne Hand ausstrecken würde, und es wurde infolgedessen das Lager des großen Verlags bei Seiten in Sicherheit gebracht.

Die Lage in Russland. Armenien soll entsprechend sein. Die Tataren überfallen die armenische Bevölkerung, die russischen Behörden halten es mit den Tataren und versagen den Armeniern Hilfe. Die Armenier halten den Platz von Askania besetzt, um die Tataren zu hindern, die Stadt Schuschja und den Distrikt zu überfallen. Die Behörden suchen die Armenier von dort zu vertreiben. Die Hungersnot hat begonnen, und der Bischof sieht um sofortige Hilfe.

Finnland. Die in Stockholm aus Helsingfors eingetroffenen Blätter enthalten einen Entwurf für die neu finnische Volksvertretung. Nach diesem soll der Landtag aus einer Kammer mit wahrscheinlich 200 Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder des Landtages sollen auf drei Jahre gewählt werden. Für die Wahlen sollen anher den im Wahlgesetz festgelegte Bestimmungen noch folgende Regeln gelten: Wahlberechtigt sind alle finanziell in Bürger, sowohl Männer als auch Frauen, welche über 21 Jahre alt sind. Von der Wahl ausgeschlossen sind diejenige Personen, die sich nicht im Besitz der bürgerlichen Rechte befinden. Wählbar sind alle Personen mit 25 Jahren, in Ausnahmefällen mit vollendem 24 Jahre. Ein Abgeordneter kann nur in dem Wahlkreis gewählt werden, zu dem er gehört. strenge Maßnahmen werden gegen Wahltauschaffung getroffen. Die Landtagsmitglieder erhalten 1400 Mk. Diäten jährlich. Während der laufenden Periode gewählt Abgeordnete erhalten, wenn sie mindestens 90 Tage Abgeordnete waren, 5 Mk. täglich.

Frankreich.

Die Ruhestörungen anlässlich der Zaventuraufnahme in katholischen Kirchen halten an. Mehrere Personen, die sich an denselben beteiligten, sind gestern abgeurteilt worden, und zwar zu Gefängnisstrafen von 8 Tagen bis zu 6 Monaten. Zwei Leberv., „Erklassige“ erhielten 3 bzw. 4 Monate Gefängnis, beide erhielten jedoch Strafanträge. Man erkennt hieran wieder den Klassenstaat! Streikenden Arbeitern gegenüber, die mit der Dame Justitia in unliebsame Berührung kamen, hat man den Strafauflaub nicht angewandt. Hier handelt es sich ja auch um aristokratische Freiheit.

England.

30 Arbeitervertreter sind bei den letzten Wahlen in England gewählt worden. Nicht un interessant dürfte es sein, die Persönalien der parlamentarischen Arbeiterfraktion kennenzulernen. Wir geben sie in alphabethischer Ordnung: Barnes, Abgeordneter für Glasgow, ist Generalsekretär der Mechaniker und wurde auf diesen Posten im Jahre 1896 gestellt. Ein Jahr später brach der bekannte englische Mechanikstreit um den Achtfesttag aus. Er besuchte Deutschland und Amerika, redigierte das Fachorgan, Vorstand des Austin College (Arbeiterbildungsschule) in Oxford. Er ist sozialistisch geprägt und tritt für strenge Selbstständigkeit der Partei ein. Boveman, Abgeordneter für Deptford, London; Sekretär der Londoner Buchdrucker seit 1892; Mitglied des Londoner Gemeinderats, tritt für strenge Selbstständigkeit der Arbeiterpartei gegenüber Liberalen und Konservativen ein. Clynes, Abgeordneter für Manchester (Merton); Ex-Mitarbeiter, Organisator der Gasar-

beiter. Gemeinde- und Armenrat in Oldham, Friedensrichter, Sozialist. Crooks, Abgeordneter für Woolwich Böltcher vor Beruf, im Armenhaus erzogen. Später wurde er vom Volle zum Vorsteher desselben Armenhauses gewählt. In Gemeinde- und Gewerkschaftssachen hat er viel Erfahrung. Er ist ein gern gehörter volkstümlicher und wichtiger Redner. Duncan, Abgeordneter für Barnsley, Schmied, Gemeinde- und Armenrat; Mitarbeiter eines Fachorgans. Gill, Abgeordneter für Bolton; Weber und Genossenschaftsbeamter; besitzt viel Erfahrung im technischen Gewerbeleben und im Bergbau. Glover, Abgeordneter für St. Helens; Bergarbeiter, Gewerkschaftsorganisator, Friedensrichter und Armenrat. Hudson, Abgeordneter für Newcastle; Eisenbahngestellte, Gewerkschaftsorganisator, Sozialist. Jenkins, Abgeordneter für Cheltenham; Schlosser, Mitarbeiter, Gewerkschaftsorganisator, Sozialist. Lovell, Abgeordneter für Bradford; Fabrikarbeiter, dann Fabrikarbeiter, sozialistischer Journalist, Gemeinderat. McHardie, Abgeordneter für Merthyr; Bergarbeiter, Gewerkschaftsorganisator, sozialistischer Geschäftsteller, besonders wichtig in Arbeitslosenfragen. Hobson, Abgeordneter für Gorleston; Stahlarbeiter, Gewerkschaftsorganisator, Sozialist, Stadtrat. Kelly, Abgeordneter für Manchester (Südwest); Lithograph, Stadtrat, Friedensrichter, interessiert sich besonders für Wohnungsbau und Bodenverstaatlichung. Mac Donald, Abgeordneter für Leicester; Schreifsteller, Sekretär der Partei, ursprünglich Schulmeister, dann sozialistischer Agitator. Macpherson, Abgeordneter für Preston; Stahlarbeiter, Gewerkschaftsorganisator. O'Grady, Abgeordneter für Ladbroke; Schreiner, Gewerkschaftsorganisator, Stadtrat, Sozialist. Delegierter zum vorliegenden deutschen Gewerkschaftstag in Stuttgart. Parker, Abgeordneter in Halifax; Gewerkschaftsbeamter, Stadtrat, Sozialist. Richardson, Abgeordneter für Wolverhampton; Schmied, Stadtrat, Sozialist. Roberts, Abgeordneter für Norwich; Schreiber, Organisator, Sozialdemokrat. Seddon, Abgeordneter für Newton; Ladengehilfe, Gewerkschaftsorganisator, Sozialist. Snowden, Abgeordneter für Blackburn; Goldbeamter, Sozialist. Sumner, Abgeordneter für Sunderland; Gewerkschaftsbeamter, Municipalrat, Sozialist. Thornew, Abgeordneter für Südwest-Ham; Tagelöhner, Grindley und Sekretär der Gewerkschaft der Arbeiter, Stadtrat, Sozialdemokrat. Walsh, Abgeordneter für lace; Bergarbeiter, Gewerkschaftsbeamter. Worsdale, Abgeordneter für Stockport; Arbeiter, Redakteur des Fachblattes der Eisenbahner, Sozialist. Willcocks, Abgeordneter für Dundee; Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisator. Wilson, Abgeordneter für West-Houghton; Schreiner, Gewerkschaftsbeamter. — Die jetzt noch gewählten 15 Arbeitervertreter gehören der liberalen Partei an.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 5. Februar 1906.

35. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrat: Graf Posadowsky. Präf. Graf Ballerstrem kündigt die sozialdemokratische Interpellation wegen Verschiebung der Untersuchungen aus Anlaß des Unglücks auf der Stoblenzsee vor.

Die zweite Beratung des Staats des Reichs amts des Innern wird fortgesetzt.

v. Kardorff (Rp.): Mit der Philippika des Herrn Dr. Plugdan gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie im Krankenhauswesen bin ich einverstanden, nicht aber mit seinen positiven Vorschlägen. Für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine kann ich mich nicht recht erwärmen, denn der Gegensatz zwischen Berufsvereine und Sozialdemokratie wird immer schwächer. Christliche Gewerkschaften zu schaffen, war gewiß eine schöne Idee, aber Herr Kardorff hat meines Erachtens mit Recht gesagt, daß er lieber mit sozialdemokratischen, als mit christlichen Gewerkschaften zu tun habe. (Hört, hört b. d. Sozial.) — Unruhe i. Bentr.) Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine würde die Sozialdemokratie gerade so als einen Erfolg ihrer Agitation ausposaumen, wie das Klostergebet. (Heiterkeit.) Den Lohnabnahmen gegenüber stehe ich noch immer auf dem Standpunkt der Harmonie der Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. (Beifall rechts, Gelächter b. d. Sozial.) Möge die Regierung es sich drei-, viermal überlegen, auf die Heilmittel des Herrn Plugdan einzugehen. (Beifall rechts.)

Erbacher (R.): Die letzte Rede des Staatssekretärs hat einen guten Eindruck gemacht. Die christlichen Gewerkschaften werden Herrn Kardorff wohl nicht passen, weil er ihren Ansprüchen gegenüber nicht von sozialdemokratischen Forderungen sprechen kann. Der Flottenverein scheint eine Flotten-Italia zu haben (Heiterkeit), sonst könnte er nicht ernsthaft den wirtschaftlich Schwächeren die Kosten der Flottenvorlage aufzuhallen wollen. — Aufschärften müssen wir uns gegen den sozialdemokratischen Terror wenden, der sich gegen die freien Gewerkschaften richtet. Wenn Herr v. Kardorff die Fälle in Köln und an anderen Orten genau studieren würde, würde er finden, daß keine Stelle davon sein kann, daß die christlichen Gewerkschaften die Schleppenträger der Sozialdemokratie seien. Trotz des sozialdemokratischen Terrorismus sind wir für ein Guthauspeis nach wie vor nicht zu haben. Eine Parallele zu diesem Terrorismus der Sozialdemokratie bildet der von der Regierung offen proklamierte Terrorismus im Heere beim Duellzwang. (Unruhe rechts.) Was sozialdemokratische Arbeiter hier tun, unterscheidet sich in gar keiner Weise von dem durch den Reichskanzler proklamierten Terrorismus im Heere. (Sehr richtig! i. Bentr.) Herr Richard Fischer hat uns ganz unmissverständlich angegriffen. Er sagte, er freue sich, daß das Zentrum jetzt endlich in die sozialdemokratischen Anträge zum Heimarbeiterfonds einmarschiere. Das hat das Zentrum garnicht nötig. Wir haben bereits vor 10 und 20 Jahren derartige Anträge eingebracht. Die Sozialdemokratie hat zuerst garnicht gewußt, wie sie mit der Heimarbeiter gesetzeberisch fertig werden soll. So kommt es, daß außerordentlich große Widersprüche zwischen den Reden sozialdemokratischer Führer über die Heimarbeiter und den schlieblichen Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion bestehen. Herr Bebel erklärte 1893 die Trennung von Arbeits- und Schlafraum in der Heimarbeiter für unabführbar. Dagegen hat seine Fraktion 1899 einen Antrag auf eine solche Trennung gestellt. (Heiterkeit i. Bentr.) Solche Anträge können wir da doch nicht ernst nehmen. (Heiterkeit i. Bentr.) Die niedrigen Löhne in der Heimarbeiter können nur durch die Registrierpflicht, wie wir sie fordern, beseitigt werden. Das preußische Bergarbeitergesetz ist zwar nicht genügend, aber stellt doch immerhin einen Fortschritt dar. Wir stimmen für alle solche Fortschritte, die Sozialdemokratie hat aber schon

wiederholt sozialpolitische Fortschritte verhindert, so z. B. 1891 die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen in die Gewerbeordnung. Erst im vorigen Jahre, bei der Beratung der Vorlage des Bergarbeiter-Schutz-Gesetzes hat sich die Sozialdemokratie zur Forderung der Arbeiterausschüsse befürchtet, und jetzt, nachdem sie für den Bergbau geschaffen sind, boykottiert sie sie wieder. Die Abgeordneten Hesse und der jüngst verstorbene hochdeutsche Groß Galen haben mehr für die sozialpolitische Gesetzgebung geleistet, als die ganze Sozialdemokratie. Niemals ist das Zentrum in der Beschränkung der Freizügigkeit so weit gegangen, wie der erste Schriftsteller der Sozialdemokratie, Karl Kautzsch, in seiner "Agrarfrage", der ein Verbot der Wanderarbeit für Mädchen vor dem 21., für Männer vor dem 18. Lebensjahr forderte. (Hört! hört! rechts!) Zur Fabrikskontrolle fordern wir mindestens einmalige Kontrolle jedes Betriebes, in jedem Jahre, sowie die Anstellung weiblicher Inspektoren und die Hinziehung von Arbeitern. Besonders gesetzgeberische Regelung verlangen die Verhältnisse der Bühnenangestellten und der Wanderarbeiter. — Dringend notwendig ist eine scharfe Trennung der Begriffe Fabrik und Handwerk. Das Handwerk ist zu Gunsten der Fabrik mit der Ausbildung von Lehrlingen und Gesellen übermäßig belastet. Deshalb sollten auch die Großbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung mit herangezogen werden. Vögte der Staatssekretär sich der Mittelstandfrage ebenso warm annehmen wie der Arbeiterfrage! (Beifall im Zentrum.)

Stücke (SD): Fälle von Terrorismus, wie der Abg. Erzberger sie hier vorgebracht hat, sind leider bei der großen Zahl organisierter Arbeiter nicht ganz zu vermeiden. Schließlich ist es nicht zu verwundern, wenn über die ewigen Herrereien der Christlichen den Gewerkschaftern einmal die Galle übergeht. Aber sie treiben nicht mehr Terrorismus, als die christlichen Gewerkschaften auch, und besonders die katholischen Geistlichen mit der Verweigerung der Kommunion. — Unsere vom Abg. Erzberger vermittelten Anträge zum Bergarbeiter-Schutz werden dem Reichstag in wenigen Tagen zugehen. — Das Bergarbeiter-Schutzgesetz sehen im Gegensatz zum Abgeordneten Erzberger die christlichen Bergarbeiter selbst als einen Fortschritt durchaus nicht an. Sieh wir den Arbeiterausschüssen an sich läßt gegenüber, weil ihre Mitglieder ja ganz in der Gewalt der Kapitalisten sind, so waren uns die Bergarbeiterausschüsse einfach unannehmbar wegen der famosen Bestimmung, daß wahlberechtigt nur die sein sollten, die ein Jahr lang ununterbrochen in Stellung gewesen wären, d. h. ausschließlich die Streitbrecher. Von den Arbeitern ist denn auch in ganzen Gegenden überhaupt niemand zur Wahl gegangen. Warum hat denn der Abg. Erzberger, wenn ihm wirklich das Wohl der Bergarbeiter so sehr am Herzen liegt, nicht dafür georgt, daß ein Reichsbergelsgesetz zustande kommt? Im Abgeordnetenhaus sollte eben das Zentrum den Schein der Arbeiterschönlichkeit erwecken, ohne den Grubenmagnaten große Opfer aufzuerlegen. Gegen die Sozialgesetze haben wir doch überhaupt nur gestimmt, weil sie uns nicht weit genug gingen, sowie wie einige Agrarier gegen den Hollarif. Deshalb sind wir aber doch Freunde der sozialen Gesetzgebung, und wären auch für ein Reichsbergelsgesetz zu haben gewesen, genau ebenso, wie alle Agrarier hohe Zölle wollen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das unsere Anträge zur Gesetzgebung nicht Gesetz geworden sind, liegt doch einfach daran, daß das Zentrum sie alleinam niedergestimmt hat, um sie dann in vermässelter Form selbst wieder einzubringen. Herr v. Kardorff befürchtete von einer weiteren Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung, daß sie die Energie der Arbeiter im Kampf ums Dasein lähme. Das sagte einer von den Agrariern, die den Arbeitern das Brot verteuern und selbst am meisten Unterstützungen von dem Staat beziehen. Konservative, Nationalliberale und Zentrum haben sich im Abgeordnetenhaus gegen die Entschädigung unfallversicherter Kinder in der Landwirtschaft und gegen die weitere Auszahlung der Renten bis zu 20 Proz. gewandt. Dabei würden allerdings die Herren Großgrundbesitzer ganz erhebliche Summen sparen. (Sehr wahr! bei den Sozialen) Eine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit gibt es nicht. Mit ihrer Lehre von der Interessenharmonie haben es die Kirch-Dunderschen auf keinen grünen Zweig gebracht. Der Arbeiter bleibt heut eben in der Regel zeitlebens ausgebetteter Arbeiter. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Abg. Babisch hat sich mit Unrecht auf Frankreich berufen. Wohl war dort einmal ein Sozialdemokrat Minister, aber die Sozialdemokratie ist auch dort noch zu schwach, um ihre sozialpolitischen Forderungen durchzusetzen. Der Abg. Dr. Mugdan hat es am Sonnabend so dargestellt, als hätten die Arbeiter in Deutschland das Paradies auf Erden. Aber mit dem Steigen der Gewinne in der Industrie hat das Steigen der Löhne nicht gleichen Schritt gehalten, und stärker als die Löhne sind die Lebensmittelpreise und die Mieten gestiegen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Berichte der Gewerbeinspektoren verzeichnen schematisch jede Badewanne, die ein Unternehmer aufstellt, und jedes Tanzkonzert, das ein Unternehmer veranstaltet. Viel besser wären eingehende Monographien über die einzelnen Gewerbe und eine Feststellung der Durchschnittslöhne für den Bezirk. Aber man fürchtet sich wohl davor, daß diese Berichte dann ein allzu düsteres Bild geben würden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der englischen Arbeiterdeputation hat man Potemkinsche Dörfer gebaut wie der Kaiserin Katharina von Russland. (Heiterkeit b. d. Soz.) Schade, daß ihnen der "freisinnige" Oberbürgermeister Bender von Breslau nicht erzählt hat, wie man in Deutschland Arbeiter behandelt, die sich beschweren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Deputation traf in Elberfeld einen Arbeiter und fragte ihn nach seinem Wohn. Er erwiderte: 17–18 Mart und belligte sich, daß ein verheirateter Mann damit nicht auskommen könne. Da sagten ihm die Engländer: Ja, weshalb muß denn ein Mann mit einem so geringen Lohn auch noch heiraten? (Heiterkeit.) Leute mit so geringem sozialpolitischen Verständnis schickt man auf eine solche Reise. Die Reisekolonien sollen übrigens englische Unternehmer getragen haben. Redner wendet sich den Gewerbeinspektionsberichten zu, bedauert die ungenügende Kritik grade der kleinen Betriebe und die Bereitwilligkeit der Inspektoren, Überflunden zu gewähren. Herr v. Rheinbaben führte es auf die Liberalität der Steuerbehörden zurück, daß ein so großer Bruchteil des Volkes ein Einkommen von unter 900 Mt. angabe. Aber die Arbeiter hinterziehen keine Steuern, die Lohnbürger weisen ihre Einnahmen genau nach. Die Steuerhinterzieher sitzen ganz wo anders. Wenn all die Summen, die den Einzelstaaten durch wohlhabende Steuerhinterzieher entgehen, Herrn v. Stengel aufzließen würden, so könnte er sein ganzes Steuergesetz auf Abruch verkaufen. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Lebzig ist die Rede des Herrn v. Rheinbaben vom Reichstagelöhnern hält, als Blugblatt verbreitet worden. Redner verweist auf die hohe Zahl der Unfälle, die eine Folge des tollen Hastens der Akkordarbeit sind und auf das Heer der Berufskrankheiten. In Sachsen werden

jetzt sogar Versammlungen gerichtlich verboten, in denen Beschwerden der Arbeiter vorgebracht werden sollen; es ergeben Einschreibebefehle gegen die Abhaltung von Versammlungen, weil die Unternehmer durch sie in ihrem Interesse geschädigt werden. (Hört! hört! bei den Soz.) Im Ruhrgebiet werden jetzt alle Arbeiter aus Ungarn ausgewiesen, die sich bei dem großen Streit geweigert haben, Streitbrecher zu werden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn ich mich zu Herrn Mugdan wende, der jedenfalls schon sehr darauf wartet (Heiterkeit), muß ich noch für besseren Schutz der Mühlenarbeiter eintreten. Durch allerlei Schwindeldeien der Unternehmer und Täuschungen mit dem Begriff "unregelmäßige Wasserkraft" werden die Mühlenarbeiter selbst um die ihnen zustehende achtstündige minimale Ruhe gebracht. Die Mühle eines Kommerzienrats in Stargard in Pommern steht das ganze Jahr über nicht still. — Das Ende der Heimarbeiter, insbesondere in den fränkischen Überwerfern, ist furchtbar. Nur von der Fleischnot werden diese Leute nicht betroffen, weil sie auch sonst kein Fleisch zu essen bekommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nur in der Wahlzeit bekommen die Leute eine Bulle; da legt ihnen der Unternehmer noch einen nationalliberalen Wahlketteln in das Lohnbuch. (Heiterkeit.) Die Kinder der reichen Leute wissen nicht, daß an ihren Spielstücken arme Proletarientinder für 2 Pf. Lohn in der Stunde bis tief in die Nacht hinein arbeiten müssen. Die Spiken, mit denen die vornehmen Damen schmücken, werden von schwerlungenkranken Heimarbeiterinnen in unausgelegter Arbeit hergestellt. Eine Gesetzgebung, die durchgreifend bessert, so schwer sie auch sein mag, muß durchgeführt werden. — Der Abg. Dr. Mugdan scheint zu glauben, daß ein Kapitel im Etat des Reichsbundes Innern auch die Sozialdemokratie ist. (Heiterkeit.) Wenigstens bringt er seine Angriffe gegen uns stets dabei vor. Aber alles, was der Abg. Mugdan polemisch gegen uns verwirkt hat, stand in viel besserem Deutsch schon vorher in der "Freien deutschen Presse". Es ist doch ganz natürlich, daß die von Sozialdemokraten verwalteten Krankenkassen auch Sozialdemokraten als Lieferanten und Beamte anstellen, wenn diese nur fachliche Leistungen dargeben. Das Gegenteil zu beweisen, hat der Abg. Mugdan aber nicht einmal versucht. Herr Dr. Mugdan hat auch die Willkürherrschaft des Kapitals gefeiert und die Ausplünderungen nach dem A. V. in Schuz genommen. Diese Scharfmacherie werden wir Herrn Dr. Mugdan bei den nächsten Reichstagswahlen schon anstreichen; aber vielleicht nimmt er dann ein Mandat von den Rechten darüber an. (Heiterkeit bei den Soz.) Dem liberalen Dr. Mugdan war es vorbehalten, den russischen Freiheitskämpfern den Rücktritt zu versegeln, den ich nicht mit dem Ausdruck bezeichnen will, der mir auf der Zunge schwelt. (Heiterkeit.) Herr Dr. Mugdan meinte, wir seien für Attentate. In Deutschland sind aber in den letzten Jahrzehnten nur 3 Attentate vorgekommen. Eins von Stümann, einem Zentrumsmann, gegen Bismarck, das zweite von Hödel, einem Parteigenossen des Abgeordneten Dr. Süder, (Große Heiterkeit) und das dritte von dem Nationalliberalen Nobiling. Wir waren stets Gegner solcher Anschläge in Deutschland; ganz begreiflich sind dagegen solche Taten in Russland, wo es kein Parlament gibt, wo das Volk ganz rechtlos ist. Herr Dr. Mugdan hält seine Rede in einem Augenblick, wo in Russland Massen von Unschuldigen niedergemordet werden. In dem Weihnachtsartikel des Vorwärts, aus dem Dr. Mugdan einige Sätze aus dem Zusammenhang gerissen, vorbrachte, steht kein Wort, das eine Verhöhnung der Religion darstellt. Freilich hat der Verfasser nicht an Dr. Mugdan gedacht, für den das Christentum noch den Stoff der Neuheit hat. (Heiterkeit.) Wir bauen keine Barricaden, wie der Herr Dr. Mugdan behauptet hat. Und wenn es einmal zu Barricaden in Deutschland kommt, dann sieht ich schon Dr. Mugdan mit dem Helm auf dem Haute und dem leeren Kanonenrohr als Generalissimus der Barricadenkämpfer. (Gr. Heiterkeit.) Die Scharfmacher sind gerade deshalb so erbost, weil wir immer gesetzlich vorgeben. Herr Dr. Mugdan will uns für die Taten des Mob verantwortlich machen. Herr Möh ist ein Parast. Er wird aber sehr angenehm empfunden, wenn irgend eine fürstliche Persönlichkeit einzieht, dann heißt er aber nicht Möh, sondern die festlich bewehrte jährende Menge. (Heiterkeit) Welche Furcht haben die herrschenden Klassen am 21. Januar gehabt? Vielleicht bringt das Zentrum bald eine Interpellation ein, weshalb man die Soldaten an diesem Sonntag nicht in die Kirche gehen ließ. (Heiterkeit.) Freilich, was sollten die Geistlichen predigen? Etwa über das Wort "Du sollst nicht töten"? (Heiterkeit.) Oder "Liebe deinen Nächsten wie dich selbst"? (Heiterkeit.) Das hätte als Aufreizung am Ungehorsam aufgefaßt werden können. (Heiterkeit.) Zuletzt wurde Dr. Mugdan noch witzig, als er behauptete, die Sozialdemokraten verhinderten die Freiheit, für das Wahlrecht einzutreten. Wo die Liberalen in den Kommunen in der Mehrheit sind, zeigt sich, wie wenig ernst es ihnen mit der Durchführung der Volksrechte ist. Herr Dr. Mugdan trat für die Begünstigung der "nationalen" Arbeiter ein. Herr v. Kardorff hat aber erklärt, diese seien fast noch schlimmer als die Sozialdemokraten. Unter den herrschenden Umständen werden bald alle Arbeiter unter unserer Fahne versammelt sein. Auf der einen Seite die hunderttausendige Masse der Reaktion, auf der anderen die Sozialdemokratie und dazwischen eine tiefe Kluft. — Das ist das Ziel des großen Kampfes. (Webh. Weißall b. d. Soz.).

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fischer: Berichte von Fabrikinspektoren werden sich nicht lesen lassen, wie ein französischer Roman. (Heiterkeit, rechts). Durch das Kinderschutzgesetz ist die Arbeit der Fabrikinspektoren wesentlich vermehrt worden.

Bassermann (NL): Nur einige Worte über den 21. Januar. Je fester die Regierung aufrat, desto weicher wurde die Sozialdemokratie. (Lachen b. d. Soz.) Die zweifellos ursprünglich geplanten Strafenumstöße sind trotz aller schwärmerischen Artikel der sozialdemokratischen Presse unterblieben. (Zuruf b. d. Soz.: Wer hat das geschwärmt?) Lesen Sie doch einen solchen Artikel vor! Angeklagt der Vorgänge in Hamburg und Dresden hat die Regierung mit ihren Vorsichtsmahnen nur ihre Schuldigkeit getan. (Lebh. Zustimmung rechts und in der Mitte. Lachen b. d. Soz.) — Das angekündigte Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist sehr notwendig; ich glaube aber nicht, daß das Gesetz, wie wir es schaffen werden, der Sozialdemokratie gefallen wird. Hört! hört! b. d. Soz.) — Redner tritt für Schaffung eines Reichshandwerkerblattes, Minimalruhezeit und bessere Sonntagsruhe für die Binnenschiffer, Förderung des Gewerbeschaffens, Maximalarbeitszeit für die Lagerarbeiter und für Vereinheitlichung der ganzen Versicherungsgesetzgebung ein. (Beifall b. d. Natlib.)

Hierauf vertrat sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Interpellation Albrecht über den Unfall auf Begehe "Borussia", Fortsetzung der Etatsberatung). Schlüß 6 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 6 Februar.
Sitzung von Werkarbeitern nach Rostock ist ferngehalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerk abgesperrt

Ueber den Van von H. Krüger, Lindenstraße, ist seitens des Männerverbandes die Sperrre verhängt. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Vereinshaus tagte, erfreute sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches. Gestrichen wurde das Statut sowie das Regulativ des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagwahlkreis Lübeck — so wird nun mehr seine Bezeichnung sein — beraten. Die nach dem in Jena beschlossenen Organisationsstatut vorgenommenen Änderungen wurden nach den Vorstüden des Vorstandes angenommen. bemerkt sei hierbei, daß der Beitrag für weibliche Mitglieder auf monatlich 10 Pf. erhöht wurde. Darauf hielt Genosse Th. Schröder einen zweistündigen Vortrag über die politische Situation; in kritischer Weise beleuchtete Redner die politischen Ereignisse der letzten Zeit und sandte lebhaft den Beifall. Im Verschiedenen regte Genosse Jäger an, in Zukunft angesichts des stetigen zahlreichen Besuchs der Versammlungen leichter im großen Saal abzuhalten. Ein diesbezüglicher Beschluss wurde jedoch nicht gefaßt. Darauf erfolgte gegen 11½ Uhr Schlüß der Versammlung.

Eine "sensationelle" Meldung bringt in seiner Sonntagsnummer unser "Unparteiischer". In Unbedacht der ungeheuren Wichtigkeit der Sache bringen wir die Nachricht in derselben Schrift, wie sie der "General-Anzeiger" seinen Lesern vorlegt. Hier ist sie:

Freudiges Ereignis im Kronprinzen-Hause

Berlin, 3. Februar. Die halbamtliche „Nordb. Allg. Zeit.“ erfährt, daß die Kronprinzessin Cecilie im Laufe des Sommers einem frohen Ereignis entgegenseht.

Während man gewöhnlich auch im bürgerlichen Leben dergleichen „freudige Ereignisse“ möglichst lange — ob aus falscher Scham oder nicht, sei dahingestellt — zu verheimlichen sucht, herrscht anscheinend in der Sensationspresse die traurige Manie, die intimsten Familiensehrenisse hochstehender Persönlichkeiten herauszuschütteln, um sie der staunenden Weltweit in der auffälligsten Weise bekanntzugeben. Man weiß nicht, ob das Publikum am meisten zu bedauern ist, daß derartige intime Familiennachrichten, deren Wahrheit sich noch dazu erst mit der Zeit herausstellt, mit Heißhunger verschlingt, oder jene Leute, die das Sensationsbedürfnis der Leser mit dergleichen Klatsch befriedigen müssen.

Am Staatssteuer und Abgaben gingen im Monat Januar ein: Einkommensteuer 29 563,17 Mt. Erbschaftssteuer 13 632,84 Mt. Veräußerungsabgabe 48 001,97 Mt. Stempelabgaben 37 517,20 Mt. Schiffssabgaben 26 064,88 Mark, zusammen 154 779,51 Mt. gegen 116 828,49 Mt. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, mithin 37 951,02 Mt. mehr. Vom 1. April 1905 bis Ende Januar 1906 gingen insgesamt ein 2 901 298,62 Mt. gegen 2 821 025,10 Mt. mithin 80 273,52 Mt. mehr.

Eine Einigung ist nun mehr zwischen den Behörden und der Uebere der Maschinenbaugesellschaft erfolgt. Bürgerliche Blätter berichten darüber, daß die Verhandlungen, welche seit längerer Zeit zwischen dem Finanzdepartement und der Gesellschaft geführt sind, ihren Abschluß gefunden haben. Es ist ein Vertrag wegen des Austausches von Grundstücken unterzeichnet, der es der Gesellschaft ermöglicht, ihre Arbeitsstätten in gewünschter Weise auszudehnen. Der Vertrag ist vorbehaltlich der Genehmigung der demnächst stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre und selbstverständlich auch vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung abgeschlossen.

Baununternehmer Kräger sendet uns, unter Bezugnahme auf § 11 des Prebegesetzes, zu unserer Freiheit über die Arbeitseinstellung auf seinen Bauten in der Lindenstraße folgende Berichtigung:

Den beiden Entlassenen ist nicht am Montagmorgen nach kurzem Wortwechsel der Bau verboten worden, als sie ihr Arbeitsgeschirr holen wollten, sondern als sie mir erklärten, ihr Arbeitsgeschirr nicht holen und mitnehmen zu wollen. Darauf habe ich sie erst wiederholt aufgefordert die Baustelle zu verlassen. Heinrich Kräger.

Nun mehr haben die Maurer das Wort.

Ernennungen. Der Senat hat an Stelle des verstorbenen Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Schreitza einen Drittelhusners Stöckmann in Groß-Schreitza, den Vorsitzenden des Gemeindevorstandes, Vollhauer Stützmann in Groß-Schreitza zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Schreitza ernannt und seine Vereidigung veranlaßt.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1905/06 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Bezirk eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Februar dieses Jahres bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Gener. Montagabend gegen 11 Uhr brach auf dem Gewebe des Steigereiblers Herm. Evers in Niendorf (Lüb.) ein größeres Feuer aus, wobei 2 Schweine mit 10 Ferkeln umkamen. Der sonstige Viehbestand konnte gerettet werden.

Bevölkerungsbewegung im Monat Dezember 1905. Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den ganzen Lübeckischen Staat unter Zugrundelegung der Meldungen der 12 Standesämter (Stadt Lübeck und 11 ländliche Standesämter). Die Zahl der Geschlechtungen betrug 59 gegen 80 im Vorvorjahr (56 im Dec. 1904). Lebendgeborenen erfolgten 241 gegen 271 im Vorvorjahr (244 im Nov. 1904). Unehelich geborenen wurden 25, totgeboren 10 Kinder. Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 120 gegen 127 im Vorvorjahr (145 im Dec. 1904). Wehr geboren als gestorben sind 121, gegen 144 im Vorvorjahr (99 im Dec. 1904). In den 12 Monaten des Jahres war die Zahl der Chefstürzungen 828 (gegen 791 im gleichen Zeitraum des Vorvorjahr), der Lebendgeborenen 3054 (3101), der Sterbefälle 1745 (1626), der Geburtenbericht 1309 (1449).

Anzeigepflichtige Krankheiten. Im Monat Januar wurden 35 ärztliche Meldungen über anzeigepflichtige Krankheiten erfasst. Es entfallen auf Diphterie 22 (gestorben), Granulose 1, Masern 3, Scharlach 8 (gestorben) und Typhus 1 Fall.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbüro schreibt man: Morgen wird das Schauspiel "Dorf und Stadt" gegeben. Der Preis für jeden Platz ist wiederum auf 50 Pf. festgesetzt. — Am Donnerstag fegt Fil. Lilly Erling ihr Gespiel als Mignon fort; es ist dies hier das letzte Auftreten der beliebten Künstlerin, da sie wiederum Engagementspflichten nach Nürnberg rufen; deshalb ist wohl anzunehmen, daß auch dieses legte Gespiel ein ausverkauftes Haus bringen wird als Ehrenbezeugung der Gastin.

pp. Ein hiesiger Viehhändler erstattete gegen einen Biertrieber (früheren Schlägergesellen) Anzeige wegen Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens.

r. Moisling. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung tagte am Sonnabend abend im Schreiberschen Lokale. Nach einem mit großem Beifall ausgenommenen Vortrage des Genossen M. d. e. n. Lübeck über "Die Rechtlosigkeit der Arbeiter im wirtschaftlichen Leben" erstattete die Kommission betreffs des Kirchenvertrags am Orte, Bericht. Genosse Meyer gab ein ausschließlich Bild von den Verhandlungen, die mit dem Kirchenvorstande und Ausschüsse zu Genin stattgefunden haben. Hierüber entspannte sich eine lebhafte Debatte. Von sämtlichen Rednern wurde der Entwurf getadelt, der eine Wahrheitserklärung für die unbemittelte Klasse bedeute. Gen. Naddau führte zum Schlusse aus, daß man von jeher mit den kirchlichen Verhältnissen zu kämpfen gehabt hätte und daß man heute der arbeitenden Bevölkerung noch die wenigen Rechte nimmt. Aus diesem Zustande läre man nicht eher heraus, bis die Trennung der Kirche vom Staat, wie sie im sozialdemokratischen Parteioprogramm vorgesehen ist, erfollt wäre. Folgende Resolution gelangt sodann zur Abstimmung: Mit dem am 25. Januar 1906 vom Kirchenvorstande und Ausschüsse zu Genin mit 14 gegen 6 Stimmen gefassten Besluß (Aenderung der Kirchenordnung), wonach 1. dem Pastor und Küster das Gehalt festgesetzt und nur in bar gewährt wird, die Ländereien öffentlich verpachtet und die Wohnung und Gärten in bar angerechnet werden, ist die Versammlung nicht einverstanden. 2. Die Kirchensteuerumlage (nach Einkommen) darf nur dann vorgenommen werden, wenn die festen Einnahmen die Ausgaben nicht decken. 3. Alljährlich im Dezember ist ein Voranschlag auszuführen und vom Kirchenvorstande und Ausschuß zu genehmigen; dieser Voranschlag ist jedem Gemeindesprecher (Vorstandes) des Kirchspiels im Januar zu präsentieren. 4. Es sind zwei Nominen auf zwei Jahre vom Kirchenausschuß zu wählen, die zunächst die Abrechnung für 1905 zu prüfen haben. Sodann scheidet von diesen einer durch das Los nach einem Jahre aus und darf der Ausgeschiedene nicht vor Ablauf eines Jahres wieder gewählt werden. Die Abrechnung muß alljährlich 14 Tage öffentlich ausgelegt werden. Sollte der hohe Kirchenrat nicht geneigt sein, dieser Resolution von 1 bis 4 zuzustimmen, so bitten die Bewohner von Moisling, die Taufgebühren, Abendmahlsgeld, Leichenopfer und Opfer 90 Pf. pro Gemeindemitglied nicht abzuhören, sondern wie bisher zu lassen, dann ist die Gemeinde Moisling bereit, die 88–100 M. nach dem Beschuß vom 25. Januar dieses Jahres zu tragen und diese Summe gleichmäßig zu den 90 Pf. Opfer zu schlagen.

e. Die Sozialdemokratische Vereins-Versammlung in Stockelsdorf am Sonntagabend war nur mäßig besucht, wiewohl viel lehrreiches zur Verhandlung stand; gerügt wurde, daß der Vorstand nicht einmal vollständig erschienen war. Zur Aufnahme hatten sich verschiedene Genossen aus Stockelsdorf gemeldet, welche früher schon Mitglieder waren. Da sie selbst nicht erschienen waren, auch die Namensliste nicht zur Stelle war, so mußte dies zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Ferner wurde die Diätenfrage geregelt. Schließlich fand eine Diskussion über die neue Kirchen-Umlage statt. Die Ver-

teilung ist eine ungerechte, indem der kleine Besitzer, wenn er einige Wohnungen vermietet, den größten Teil der Umlage zu tragen hat, wogegen die stärkeren Schultern entlastet sind. Heute findet die Berechnung nach dem Grundsteuerertrag und Wertesatz statt; hier muß durch Änderung des bisherigen Systems Wandel geschaffen werden.

Mitteilung der Nachbargemeinde. Am Sonnabend ist das einzige 6 Monate alte Mädchen des Arbeiters Petersen in Harburg lebendig verbrannt. Die Mutter hatte das Kind auf Stuhle gebettet, diese neben den gehetzten Herd gestellt und sich an das Feuerzeug des Vorplatzes und der Treppe gemacht. Als sie zurückkehrte, brannten die Ratten; das Kind, das am Stuhl starke Brandwunden hatte, war bereits tot. — Ein Unglück soll in Italien eintreten, das sie aufdrückte, und sich auf die Apenninen verbreite. Der 28jährige Fischer F. v. E. war mit einem Kameraden in einem Boot auf die Entenjagd gefahren. Unvorsichtigerweise entlud sich das Gewehr und die gezogene Ladung drang dem unglücklichen Mann in den Unterleib. Im Kreiskrankenhaus ist er gestorben. — Die Auswanderung über Bremerhaven ist gegen das Vorjahr im Januar von 14 188 auf 9 179 Personen heruntergegangen.

Gesternabend. Man hat jetzt Gewissheit darüber, daß die drei vermissten Fischer ertrunken sind. Sie fuhren am vorigen Donnerstag nach dem Mittelgrund, um dort die aufgelegten Heringss- und Spratennetze einzufischen. Wahrscheinlich sind sie dabei vom Schneesturm überrascht und das Boot ist durch eine Sturmsee zum Sinken gebracht worden. Man hat mit Motorbooten die Strecke ablaufen lassen. Dienstag nachmittag endlich entdeckte man in einer Tiefe von 20–30 Metern das gesunkene Boot. Des schlechten Wetters wegen konnte man jedoch nicht feststellen, ob die Leichen sich darin befanden. Man hofft, genügend Worte zu bringen, um die Leichen zum Heben des Bootes treffen zu können.

Schwerin. Korruption. Auf der Freien-Arbeitsanstalt Sachsenberg sind beweisende Beiträge mit Hilfe einiger Angestellten der Anstalt von Schweriner Geschäftsmännern bei der Lieferung von Waren für die Anstalt begangen worden. Es fanden mehrere Verhaftungen von Verdächtigen statt, als deren am meisten Belasteter jener der Schweriner Großkaufmann W. vom Untersuchungsrichter vernommen wurde. W. legte für seine Person ein umfassendes Geständnis ab. Auf seinen Antrag wurde er gegen Stellung einer Haftstrafe von 25 000 Mark vorläufig aus der Haft entlassen. Die in letzter Zeit erfolgte Neuverlegung mehrerer Beamtenstellen auf dem Sachsenberg steht mit derselben Angelegenheit im Zusammenhang.

Harburg. Wieder nicht bestätigt. Der in Cessendorf in den Schulvorstand gewählte katholische Willi Haegeli, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, ist von der Regierung abermals nicht bestätigt worden. Ihde und zwei Geschäftsmänner, die derselben Partei angehören, haben dagegen die Bestätigung erhalten.

Harburg. Zur Warnung! In einem Schlachterladen kam vor einiger Zeit eine Kundin dadurch zu Schaden, daß ihr beim Herheben eines Fleischstückes ein Knochenstück ins Auge flog. Der Schlachtermeister mußte die sämtlichen hieraus entstehenden Kosten im Betrage von 1203 M. betrügen.

Barel. 40000 Mark in einer Nacht bei Boller Spiel verloren. An einem Abend anfangs voriger Woche setzten sich in einem zum hiesigen Amusementsgärtchen, als Spielnest allgemein bekannten Dorf, an gleichen Flüsse belegen, vier Spielerinnen, drei Männer und ein Gastronom, am Spieltische nieder und lange ihren Kreislauf begonnen hatten, an dem Spiele, welche Ministerium nicht, Landtags- und Reichstagsabgeordnete und Landgerichtsrat Burlage bedingt durch Glücksspielen zusätzliche Resultat war, daß ein Landwirt aus Bremen 40 000 M. verloren, ein Landwirt aus Jadebündchen 30 000 M., ein ebenfalls dort ansässiger Landwirt 2600 M. und der Gastronom 8000 Mark gewonnen hatten. Was sagt der Justizminister Mußkraut, was der Landgerichtsrat Burlage dazu?

Leer. Eine Metallarbeiterin aus Sperru will man in Ostfriesland versuchen. Wie man den Norddeutschen Volksblatt aus Leer mitteilt, möchten die Fabrikanten am verlassenen Sonntag und Montag den Beschaffung durch Drohungen und Versprechungen die Arbeitenden abspringen zu machen, dieses maßlang vollständig. In der am Montag stattgefundenen Formversammlung, an der sämtliche Formen teilnahmen, konnten verabschiedet werden, daß die Unternehmer nunmehr ausperren.

Weltliche Nachrichten.

Hannover. In dem Kaschacht der Gewerkschaft Deutschland bei dem nahen Ort Wehren wurden durch einen vorzeitig entzündeten Sprengsatz drei Arbeiter schwer, einer tödlich verletzt. Der Bergmann Grube starb nach wenigen Stunden.

Berlin. Lehrer Nickel, der im Traktene Schulprojekt wegen Beleidigung des Landstallmeisters v. Döllingen zu 200 M. Geldstrafe verurteilt war, gestern im Wiederaufnahmeverfahren von der 7. Strafkammer des Landgerichts freigesprochen worden.

Strassburg. Wegen Kuppeln wurden von der Strafkammer der Restaurateur Stohle des Restaurants "Valentin" zu einer Woche Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe und der Oberförsterei Seidel zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Briefkasten.

W. M., Schwartau. Die Sünden des alten Gemeinderats, der in seiner Mehrheit aus bürgerlichen Vertretern bestand, sind noch in aller Erinnerung, so daß es überflüssig ist, dieselben jetzt noch einmal ausführlich zu beschreiben. Auf das "Eingesandt" im "G.-A." ist bereits genügend erwähnt worden; es wäre Raumverschwendug, wenn man auf diesen Stoff weiter eingehen wollte. Die Arbeiterschaft weiß, daß ihre Gemeinderatsmitglieder stets das Wohl der Gemeinde im Auge haben; Sonderinteressen werden nur bürgerlicherseits verfochten. Darum wollen wir lieber von dem Abdruck Deiner zweifellos gutgemeinten Notiz absiehen.

M. St. 10 M. in der Stadt und den Vorstädten. Freie Vereinbarung ist natürlich zulässig.

Einladung zum

BALL

der Arbeiter u. Arbeiterinnen der Fischkonservenfabrik von August Schumacher am Freitag den 9. Februar im Lokale des Herrn Dassler, „Kolosseum“.

Kassenöffnung 6 Uhr. Von 7–8 Uhr: Konzert. Musik von der Stadtkapelle, Dir. Herr Job. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Einladung zum

BALL

der früheren Städtischen Feuerwehr zur Unterstützung der Totenlade am Freitag den 9. Februar im Lokale des Herrn Borgwardt, Zentral-Hallen.

Anfang 7 Uhr. Ende 4 Uhr morgens. Eintritt 60 Pf. Das Komitee.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etg.

Wanderung am Garda - See.

Stadthallentheater.

Mittwoch den 7. Februar, 7½ Uhr. Volksärmliche Vorstellung.

Jeder Platz 50 Pf.

Schauspiel in 5 Akten von Birch-Pfeiffer.

Donnerstag: Letztes Gastspiel

Lily Herking.

Im Abonnement.

Mignon.

Ober in 3 Akten von Thomas

Heinr. Tesenfitz

Lübeck Breitestrasse II Lübeck

neben der Hansa-Bäckerei
empfiehlt zu nachstehenden billigen Preisen:

- | | |
|----------------------------------|-----------------------------|
| Gest. Kissen von 50 Pfg. an | Baby-Hemden von 20 Pfg. an |
| Ges. Betttücher von 1.50 M. an | - Jacken von 20 Pfg. an |
| Ges. Handtücher von 25 Pfg. an | - Binden von 20 Pfg. an |
| Genähte Kissen von 75 Pfg. an | - Wickelbänder 25 Pfg. an |
| Genähte Bezüge von 2.50 M. an | - Kindertücher Dtz. 4 M. an |
| Große gest. Kissen v. 1.80 M. an | - Bünde von 45 Pfg. an |

Rote Rabattmarken werden trotzdem ausgegeben.



Feinste Pflanzenbutter
Zum Kochen, Braten und
Backen

Herren- u. Damen-Barberen

werden in kurzer Zeit gereinigt und gefürt.

H. J. Kolz, Aegidienstraße 18.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch den 7. Februar

abends 8 Uhr präzise

Tages-Ordnung:

1. Abstimmung von Mitgliedern.
2. Innere Verbandsangelegenheit.

Der Vorstand.

Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch den 7. Februar

abends 9 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50–52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bestimmt gemacht.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Die Polizei.

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 31

Mittwoch, den 7. Februar 1906.

13. Jahrgang.

Eine sozialdemokratische Krankenkasse.

+ In tendenziös entstellter Weise veröffentlicht das Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck unter obiger Stichmarke einen Artikel, in dem es eingangs heißt:

Das Muster einer sozialdemokratischen Ortskrankenklasse ist die „Allgemeine Ortskrankenkasse“ in Remscheid, die schon früher dadurch von sich hat reden machen lassen, daß die bei ihr angestellten Kassenärzte wegen unangemessener Bezahlung und noch ungemeinsteurer Behandlung in den Streit einreten müssen. Jetzt hat die Amtsstabsbehörde sich genötigt gesehen, gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse einzutreten, da die Verwaltung der Kasse beherrschende Mehrheit des Vorstandes sich eine geschwätzige Geschäftsführung und große Unzufriedigkeiten hat zu schulden kommen lassen. Wie die Amtsstabsbehörde dem Vorstande mitteilt, macht sich deshalb von der Bestimmung des § 45 (das Krankenfassensicherungsgebot) Gebrauch, indem sie die Besanuisse und Obliegenheiten des Kassenvorstandes vom 1. Februar d. J. ab selbst wahrnimmt.

Wie die Sache in Wirklichkeit liegt, mögen unsere Leser aus folgendem ersehen:

In Remscheid wurde der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse durch den Oberbürgermeister seines Amtes enthoben und die soziale Gutschrift bestätigung des Bureauapothekers W. Koch, des sozialdemokratischen Stadtverordneten, verfügt. Unioß zu diesem Vor gehen sollen in der Hauptsache angebliche Unregelmäßigkeiten gegeben haben, welche unter dem früheren Arzthystem vorgekommen sein sollen. Man bedenke, nachdem an Stelle dieses Systems schon seit Monaten ein anderes getreten ist, sieht sich die Behörde jetzt plötzlich veranlaßt, auf Grund der angeblich damals bestandenen Einrichtungen einzutreten und die Verwaltungsgeschäfte der Kasse selbst in die Hand zu nehmen.

Die Galloffnung Kochs will der Oberbürgermeister Möllau in folgendem Schreiben „rechtfertigen“:

„Es steht fest, daß Sie den Ihnen als Kassenangehörige obliegenden Pflichten dauernd nicht nachkommen. Insbesondere haben mehrfache Rücksichten ergeben, daß Sie mit den Ihnen übertragenen Arbeiten bereits in den Jahren 1904 und 1905 unverhältnismäßig im Rückstand waren. Bei einer am 23. Januar dieses Jahres vorgenommenen Abstimmung endlich stellte es sich wiederum heraus, daß die von Ihnen zu bewältigenden Eingriffe in die Geschäfte seit über drei Wochen nicht bewältigt sind. Diese anstehenden groben Verhöfe gegen die von Ihnen zu erfüllenden Pflichten können im Interesse der Kasse nicht länger geduldet werden. Auch wird nur noch Ihrer Entfernung von der Kasse ein allein den Interessen dienten Dienstleistungen der von mir mit dem heutigen Tage in Gewissheit des § 45 des Krankenfassensicherungsgesetzes übernommenen Verwaltung des Kassenvorstands veranlaßt. Sie mit Empfang dieses Schreibens in Gewissheit des § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches aus dem Dienstverhältnis der Kasse zu entlassen. Es sei hierbei bemerklich, daß eine abgängige Befreiung dahingestellt sei, ob etwa Überlastung oder ähnliche Bedürfnisse Ihre Verzögern in einem milderen Grade erscheinen ließen. Hat Ihrer weitverzweigten Tätigkeit als Richterfall nur 6 Pfennig schwer gewieht — nur um der Sozialdemokratie eine Auszeit zu geben.“

Die Remscheider „Gebetterzeitung“ beweist, daß man den Bureauapotheker Koch für etwas verantwortlich mache, womit er gar nichts zu tun habe. „Nicht Koch ist es, der diese Funktionen auszuführen hatte, sondern ein anderer Beamter, welcher seit Oktober 1904 hierzu betreut ist. Selbst aber, wenn Koch diese Funktionen auszuführen hätte, würde man ihm dies-halb nichts anhaben können. Denn der Betrieb ist ein ganz natürlicher, er wiederholt sich bei jedem

Quartalswechsel, und es ist früher auch nicht anders gewesen. Als die erste Meldestelle — wo es sich hier drum handelt — noch auf dem Rathaus war und von Stadtselbsträten verwaltet wurde, waren die Rücksände größer wie jetzt, obwohl die betreute Beamtin sonst nichts zu tun hatten.“ Die „weitverzweigte Tätigkeit“ Kochs als „Rechtskonsulent“ ist auf seine Beschäftigung im Arbeitssekretariat zurückzuführen und seine ganze „politische“ Tätigkeit besteht in der Ausübung eines Stadtverordnetenmandats. Selbstverständlich wird gegen das Verfahren des Oberbürgermeisters Beschwerde geführt werden. —

Man er sieht hieraus wieder einmal, „wie“ gegen uns gearbeitet wird. Nur Charakteristik dieser Kampfsmethode ist noch anzuführen, was die „Sitz. Ang.“ dieses vornehmsten Blatt Lübeck, nach der „Fr. D. Pr.“ u. a. hierzu bemerkte:

„Ein wachsender Sozialdemokrat sieht die Krankenkasse nicht für ein Institut an, das ausschließlich zum Wohle der Kassenmitglieder geschaffen worden ist, sondern als eine Einrichtung, aus deren Mitteln in erster Linie „wohlorientierte Genossen“ für ihre der Partei geleisteten Dienste belohnt werden können. Das ist die allgemeine Ausführung in der Sozialdemokratie, und das trifft nicht nur für die Remscheider Ortskrankenkasse zu, sondern auch für den größten Teil, wenn nicht für alle dienenden Kassen, deren Leitung in sozialdemokratischen Händen liegt. Der Wdg. Dr. Mugdan hat bereits wiederholt im Reichstag auf die Klinikumstrafe in den sozialistischen Ortskrankenkassen hingewiesen. Die Remscheider Oeffäre reicht sich nützlich bei staatlichen Reichen von Vorkommenlassen an, auf die der Reichstag abzugrenzen Bezug zu nehmen in der Lage wäre.“

Oben auf den Bildern einzusehen, bei der „Volksvertreter“ Mugdan bei seiner passenden oder unpassenden Gelegenheit im Reichstag vergrüßt hat, möchten wir bei dieser Gelegenheit den „Lübecker Anzeiger“ die Frage vorlegen: Wo ist die staatliche Reihe von Vorkommenlassen, die sich nach ihrer Meinung auf diesem Blatte abgespielt haben? Sollte das Amtsblatt uns diese Frage nicht beantworten, dann müßte wir annehmen, daß das Amtsblatt auch hier wieder obz. Weise frisch darauf losläßt — nur um der Sozialdemokratie eine Auszeit zu geben.

Der Marktausländer Aufruhr und Landfriedensbruch vor den Geschworenen. Am vorigen Montag begann vor der Leipziger Strafkammer eine Verhandlung wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs gegen neue Arbeiter. Im vergangenen Jahre hatte es schon seit langer Zeit in der Nachwurzlerstadt und Zwickau Altenbergsfest norm. Louis Walther's Nachfolger in Markkörpft geholt, da die Polizei verhältnisse sehr im armen lagen. Die beiden Kreisrathen Möhle und Schierling führten dazu ein neues Verfahren in der Burghalle und darüber der Polizei und Fliegen ein, das angeblich eine Arbeitersparte vor einem vollen Saal statt hielt. Hand in Hand darunter ging eine Polizeibehandlung, so daß es zum Beispiel statt der bisherigen 8 Pfennig für die Kastnerfell nur 6 Pfennig geben sollte. Alle Vorkommnisse der Kürschner waren vergnüglich und so blieb Ihnen dann nichts anderes übrig, als am 21. September die Arbeit wiederzulegen und in den Wahlkampf einzutreten. So ist das heraus, am 23. September, schlossen sich die Kürschner die übrigen Arbeiter und Arbeitersparte an. Die Fahrtleitung saß nun auf dem Tisch. Sie erhöhte ebenfalls Forderungen in den Zeitschriften, die nach Arbeitserfüllung fahrbare, und da sie leider immer solche Peine fanden, so gelang es ihr auch aus Leipzig und Umgebung eine Menge zu bekommen, die ihnen ausständigen Arbeitersparten, die um bessere

were als Du, obgleich ich, Dein Bruder, es bin, der Dir dies sagt. Nun las uns zu Arabella gehen und mit ihr darüber sprechen.“

Mit diesen Worten erhob sich Lord March, denn sein Bruder mitunter Willkürlos folgte, und gina an das andere Ende des geräumigen Zimmers, wo seine Freu mit einer Stickelei beschäftigt saß, neben ihrer jungen Freundin, Miss Poole, die gleich mit Kapitän Grouse (Grouse ist bekanntlich der Name des englischen Sportmanns mit besonderer Vorliebe gezeigt wird) spielte, einem Mitglied des Schachklubs und zweitem der hervortragendsten.

„Gut, Arabella“, sagte Lord March, „es ist alles in Ordnung. Charles ist mit mir einverstanden nach Schloss Mowbray zu gehen, und ich denke, je eher wir gehen, um so besser ist es. Was denkt Du von übermorgen? Das wird mir grade passen, und deshalb denkt ich, wir schaffen den Tag fest. Wir wollen es als abgemaßt ansehen.“

Lady March sah vorlegen und etwas bestürzt aus. Nichts konnte für sie unerwarteter sein, als dieser Vorschlag, nichts unpassender, als diese Anordnung. Es war wirklich wahr, daß Lady Joen ihres Warene sich nach Mowbray eingeladen hatte; und sie hatte den unabstrumten Gedanken, an irgend einem Tag darüber zu beraten, ob sie die Einladung annehmen sollten. Aber ihr Gehirn, und obendrein ihr fast augenblickliches Gehirn zu beschließen, ohne die geringste vorherige Besprechung, ohne die gelegte Frage, ob dieses Arrangement passend sei, — die Notwendigkeit, Miss Poole's Besuch kurz und unfreundlich abzubrechen, — alles das wirkte verständig auf Lady March, obgleich ein solches Verfahren nichts ungewöhnliches war; denn es war nur der Te eines Systems, das aus den einschärfsten Kommunisten des häuslichen Lebens eine Quelle von Verflamung und Verderb zu machen verstand.

Gefangenbedingungen lämpsten, in den Rücken fielen. Die Beute kamen des Morgens mit der Bahn in Marktausländer an und fuhren am Abend wieder zurück. Der Betrieb in der Fabrik konnte trotzdem aufrecht erhalten werden. Im Laufe der nächsten Tage kam es zu Meinungen zwischen Ausländern und den Streikbretern. Zum ersten Zusammenstoß kam es dann am Abend des 11. Oktober, als sich unter den Ausländern das Gericht verbreitete, daß Arbeitswilligen hätten sich allerhand Waffen zugelegt, um einem eventuellen Angriffe gewachsen zu sein. Es spielten sich gewiß erregte Szenen auf der Straße und vor dem Bahnhof ab. Die Polizei griff ein. Es wurden eine Anzahl von „Rädelsführern“ verhaftet. Die Staatsanwaltschaft hat aus dem Ganzen eine Haupt- und Staatsaktion gemacht und Anklage wegen Bandenbildensbruchs und Aufzuges erhoben. Die Paragraphen „Wenn sich eine Menschenmenge, die in Betracht kommt, lautet: und mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Sammelfront teilnimmt, wegen Landfriedensbruchs mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.“ Die Rädelsführer sowie diejenigen, welche Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen begangen oder Sachen geplündert, verübt oder zerstört haben, werden mit Buchstaben bis zu zwölf Jahren bestraft; auch kann auf Bußgeldstrafe der Polizei aufgestellt erkannt werden. Sind widernde Umstände vorhanden, so trifft Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten vor. Unter Anklage stehen der Kürschner Gustav Emil Remmrich aus Marktausländer, der Handarbeiter Franz Heinrich Harnisch aus Görlitz, der Fabrikarbeiter August Woy Louis Fehl, Jeremias Wink aus Hamburg, der Fabrikarbeiter Franz Otto Ahrens aus Schleußig, der Maurer Otto Richard Prengel aus Leipzig, der Fabrikarbeiter Reinhold Köhler aus Leutzsch, der Metallschleifer Franz Otto aus Böhmen aus Böhmen und der Kürschner Wenzel Krastny aus Brüx. Das Urteil, welches am Freitag gefällt wurde, lautete gegen Remmrich Rost und Harnisch wegen schweren Landfriedensbruchs unter Annahme mildernder Umstände auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtschafft. Die Haftentlassung wurde abgelehnt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Von Rechts wegen. Vor den Schranken der S. zu verantworten. Er soll in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins die Polizeibeschluß-Lanzenbrücke und das Schöffengericht Bochum beleidigt haben. Die Anklage führt sich lediglich auf die Aussagen des Polizeibeamten Rotheberg, der die betrüffende Verhandlung überwacht hat. Der Zug erwiderte während der Verhandlung einen Schuß, daß der Vorsteher, welcher ihn ohnehin allerhand nicht zur Sache gehörenden Einzelheiten mit den Worten unterdrückte: „Was Sie da gesagt haben, geht uns alles nichts an.“ Der Staatsanwalt beantragte die schwere Strafe von zwei Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof, unter dem Vorst. des Landgerichtsräters Voß, erkannte nach diesem Antrage, die Ladung einiger Angeklagten nachhaltig gemacht. Entlastungzeugen war vom Gericht abgelehnt worden.

Massenaustritt aus der Kirche als politisches Kampfmittel. Ein neues Kampfmittel zur Erziehung politischer Mächte wollen eigentlich die Grazer Christen zu Anwendung bringen. Die Vorschläge, die darauf hinauslaufen, die Wahlreform zu beschließen, momentlich durch die Verlängerung der vorzeichelben Geschäftigkeit, gehen in der Hoffnung von den Klerikalen und Christlichen Sozialisten aus. Die Christenkirche, die in Graz zusammengelommen waren, erklärten nachdrücklich, daß die Arbeiterschaft gewillt sei, die Verlängerung der Geschäftigkeit mit einem Massenaustritt aus der katholischen Kirche zu beantworten. Die

„Hilf! Da es nicht für besser, daß wir uns erst darüber besprechen?“

„Ganz und gar nicht“, sagte Lord March. „Charles will gehen und wir nicht; warum sollen wir deshalb noch weiter darüber sprechen?“

„O, wenn Du und Charles gerne gehen, gewiß“, sagte Lady March in zögerndem Tone; „Ich werde nur sehr bedauern, Eure Gesellschaft zu verlieren.“

„Wie wollt Du das, unsere Gesellschaft verlieren, Arabella? Natürlich mußt Du mit uns gehen. Ich wünsche gerade ganz besonders, daß Du gehst — Du, Lady Joen's beste Freundin; ich glaube sie hat Niemanden auf der Welt so gern.“

„Ich kann übermorgen nicht gehen“, sagte Lady March leise und schen ihren Gewaltstil hörbar an.

„Ich kann es nicht ändern“, entworte Lord March, „Mowbray, daß wir übermorgen bei ihm seien und eine Woche bleiben würden.“

„Hier Du erwähnest mir gegenüber nichts davon“, sagte Lady March, indem sie leicht erröte, in etwas vorwurfsvollem Tone.

„Ich möchte wissen, wo ich die Zeit hernehmen sollte, der Gehalt jedes Briefes, den ich schreibe, mitzuteilen“, erwiderte Lord March, „doch dazu bei den vielen unangenehmen Geschäftern, die ich heute zu besorgen hatte. Aber so ist's, je mehr man versucht, die Unannehmlichkeiten zu ersparen, um so unzufriedener bist Du.“

„Nein, nicht unzufrieden, Georg.“

„Ich weiß nicht, was Du unzufrieden nennst, aber wenn ein Mann jede nützliche Anwendung getroffen hat, um Dir und Andern es recht zu machen und wenn seine Wünsche bei Seite gesetzt werden sollen, weil der Tag, den er festgesetzt hat, Deiner Phantasie nicht passt — wenn das keine Unglücksfeind ist, dann möchte ich gerne wissen, was es sonst ist. Arabella.“

S. H. V. I.

Sozialpolitischer Roman von Diestrait. Übersicht von Mette Liebnecht.

5. Fortsetzung.

„Mag sein,“ sagte Egremont, denn Baron lag, seinen Bruder wieder zum eigentlich Thema zurückzuführen. „Du denkst also, ich tue besser, an die Leute zu schreiben und zu

sagen —“ „Nun zu Deiner Angelegenheit!“ sagte Lord March. „Jetzt will ich Dir sagen, was ich für Dich tun kann. Ich sprach mit Arabella gestern abend davon, sie billigte ganz meine Absicht; Du erinnerst Dich des Dr. Mowbray's? Wir fahren nach Schloss Mowbray und bleiben dort, und Du gehst mit. Zum ersten Mal seit ihrem schweren Verlust empfangen sie Besuch. Ach so, Du warst ja damals fort und so weißt Du noch nichts. Lord Mowbray's einziger Sohn, Sir Warene — Du erinnerst Dich, ein verkehrt gesetzter Bursche — starb vor ungefähr einem Jahr in Griechenland an einem Fieber. Es war ein harter Schlag. Die Schwieger, Lady Joen und Lady Maud, gelten für die gebrochenen Erbinnen des Barons, aber ich kenne Mowbray gut, er wird aus seiner Tochter einen ältesten Sohn machen. Sie wird alles bekommen; sie ist eine der vertrautesten Freundinnen Arabella's; und Du sollst sie heiraten.“

Egremont sah mit großen Augen seinen Bruder an, der ihm mit einem Ausdruck ungewohnter Zartheit auf den Rücken klopfte und hinzufügte: „Du kannst Dir nicht denken, welche Lust dies von seinem Herzen nimmt, mein lieber Charles. Ich war immer so besorgt um Dein Wohl, namentlich in letzter Zeit. Dich als Herrn des Schlosses Mowbray zu sehen, wird die Verwirklichung meiner liebsten Hoffnungen sein. Das ist eine Stellung für einen Mann; ich kenne keinen, der mehr

nein gesagt hätte.“ „Du konntest Dir nicht denken, welche Lust dies von seinem Herzen nimmt, mein lieber Charles. Ich war immer so besorgt um Dein Wohl, namentlich in letzter Zeit. Dich als Herrn des Schlosses Mowbray zu sehen, wird die Verwirklichung meiner liebsten Hoffnungen sein. Das ist eine Stellung für einen Mann; ich kenne keinen, der mehr

Arbeiter hätten es sollt, immer wieder im Namen der Stellung ihres Rechtes verfaßt zu werden. Auch eine in beiden abgehaltene Versammlung fachte einen hässlichen Beschuß.

Von der Sozialistischen Partei. Unter Vorsteher Parteivororgan, dessen Redakteur Werner noch immer ohne jeglichen wichtigen Grund in Haft gehalten wird, berichtet: "Eine politische Haushaltung fand Donnerstag nachmittag in unseren Redaktionssäumen, sowie in den Privatzimmerungen unserer Geistesleute Buder, Mandlwald und Werner statt. Gesucht wurde das Manuskript zu dem Aufruf, wegen dessen Veröffentlichung unser Kollege Werner sich in Haft befindet. Gefunden wurde nichts. — Dagegen entdeckte die Polizei das Manuskript zu unserem Artikel „Unbegreifliche Verleugnung der Strafprozeßordnung“. Es handelt sich um die Schilderung der Beschwerdeangelegenheit unseres Kollegen Werner in der Nr. 24 unseres Blattes vom 30 Januar. Wir haben nichts dagegen, daß gerade dieses Manuskript aus dem Papierkorb hervorgezogen wurde, und werden gelegentlich nachweisen, weshalb wir — ganz abgesehen von der Berechtigung des Artikels — auch aus anderen Gründen nichts dagegen haben können, daß die Behörden im Besitz dieses Schriftstückes sind, für das wir gern einstehen. — Schließlich wurde noch nach Briezen gesucht, die Genossen Werner aus der Haft heraus mit Erlaubnis und nach Durchlaß durch den Amtsrichter an die Geistesleute Buder und Mandlwald, sowie an seine Tochter gesandt hat. Wir halten kein Interesse daran, diese Briefe zu verborgen und geben sie sofort freiwillig heraus, soweit wir sie aufbewahrt hatten. — Die Polizei erkundigte sich dann noch bei unseren Schriftgebern, ob jemand sich erinnere, den Aufruf zu den Versammlungen vom 11. Januar gesetzt zu haben. Angekündigt wurde, daß noch Begegnungsstunden geplant seien. Sollte man noch eine weitere Haupt- und Staatsaktion beabsichtigen?"

Aus Nah und Fern.

Vom nichtöffentlichen Militärgerichtsverfahren. Der Leutnant Kurt Engelbrecht vom Infanterie-Regiment Nr. 51 in Breslau stand vor dem Breslauer Kriegsgericht der 11. Division. Leutnant Engelbrecht ist der Sohn des Generalmajors Engelbrecht in Gleiwitz Kommandeur der 23. Infanterie-Brigade, 1881 in Mainz geboren, 1902 als Fahnenjunker in das Infanterie-Regiment Nr. 51 eingetreten, 1904 Fähnrich geworden, am 27. Febr. 1905 Leutnant. Auf Antrag des Vertreters der Anklage, Kriegsgerichtsrat Esche, schloß das Kriegsgericht die Offenheit wegen Gefährdung militärischer Sicherheit ab. Bei Wiederherstellung der Offenheit verkündete der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Eschirische, folgendes Urteil: Der Leutnant Engelbrecht wird wegen Ungehorsams, Verlages von Vorgesetzten, Missbrauchs der Dienstgewalt zu sechs Wochen Stubenarrest verurteilt.

"Dat es nich nse Füer!" In der Gemeinde Hinsberghausen, zwischen Schwelm und Hückingen, brach am 31. Januar vormittags Feuer in den Gebäuden des Wirts A. Schüren an der Scharlach aus. Um 9 Uhr rief das Nebelhorn die Schwelmer freiwillige Feuerwehr zusammen, aber — es war "nich nse Füer," sondern Hückingerhausener, und deshalb trotzte die Schwelmer Freiwillige wieder "hem". Die Hückingerhausener Wehr ließ sich aber auch nicht blicken, und so brannten denn die ganzen Gebäude bis auf den Grund nieder, ohne daß ein Tropfen Wasser zur Bekämpfung des Feuers angebracht worden wäre. Glücklicherweise sind Menschen und Vieh nicht zu Schaden gekommen, dagegen ist die ganze Habe der Bewohner den Flammen zum Opfer gefallen. Hoffentlich hält die Schwelmer und Hückingerhausener Feuerwehr jetzt eine Konferenz, um genau festzustellen, "wem nia Füer dat denn eigentlich vor".

Abmals straflose Notzucht! Den Leutnant ist noch der Fall in Erinnerung, wo das Schwurgericht in Altona eine Wüstlinge freisprach, in der Folge aber einige sozialdemokratische Redakteure zu schweren Gesängnis- und Geldstrafen verurteilt wurden, weil sie kritik an dem freisprechenden Urteil geübt hatten. Ein ähnlicher Fall, wo ebenfalls zwei Wüstlinge ihre Freisprechung erzielten, hat sich jetzt vor dem Darmstädter Schwurgericht zugegetragen. Angeklagt sind ein Bergbaupraktikant und ein Steiger, sich unter Anwendung von Gewalt gegen ein fünfzehnjähriges Dienstmädchen verurteilt.

Lady Marnay antwortete nicht. Immer geopfert, immer sofort nachgiebig, wenn sie einmal versuchte, eine Meinung auszusprechen, schien sie doch niemals der gefränteste, soeben der kränkende Teil zu sein.

Arabella besaß viele Fähigkeiten, die sie auch ausgebildet hatte. Sie hatte einen ausgezeichneten Verstand und von vornherein bewundernswerte Eigenschaften; allein ihr sanfter Charakter schreckte vor dem Kampf zurück, und sie hatte kein Geschick zum Lenken, Leiten und Kontrollieren. Sie fühlte sich ohne Widerstand dem unbeherrschten Willen und den unverhüllten Launen ihres Mannes, der ihr geistig kaum gewachsen war und in allen Eigenschaften des Herzens und Gemüts weit unter ihr stand, der sie aber durch seine elterne Selbstsicherheit beherrschte. Lady Marnay hatte durchaus keinen eigenen Willen; ein unauslöslich an sie gelegtes hartherziges Wesen, fast, genau, kreativ, unruhig, rücksichtslos, verließ sie in Sätzen, leitete sie, plante und bestimmte alles. Ihr Leben war eine fortlaufende Reihe kleiner Opfer und vereitelter Freuden. Sein ihr Wagen vor der Tür stand, war sie nicht sicher, ob sie ihn nicht wegzuschicken hätte; wenn sie Freunde zu sich eingeladen hatte, war es die höchste Wahrscheinlichkeit, daß sie den Besuch wieder abschaffen würde; wenn sie eine Novelle las, verlangte Lord Marnay, daß sie ihm einen Brief abschreibe; wenn sie in die Oper gehen wollte, ließ sie sich heraus, daß Lord Marnay für sie und seine Freunde Karten für das Haus der Lords erhalten hatte. Und dabei erwartete er noch von ihr den lebhaftesten Ausdruck der Freude und Dankbarkeit für seine nicht erbetene und unpassende Freundlichkeit. Lady Marnay hatte in der ersten Zeit ihrer Ehe gegen diese Tyrannie gelämpft. Die unschuldige und unerfahrene Lady Marnay! Als wenn es einer Frau möglich wäre, mit Erfolg gegen einen selbstsüchtigen Mann zu kämpfen, der zugleich einen scharfen Ritter wie und ein stumper Herz hat.

Sittlich vergangen zu haben und zwar jeder der beiden in einem besonderen Falle. Die beiden Angeklagten logerten im selben Hause, in dem das Mädchen in Diensten stand. Nachmittags haben die beiden ziemlich peinlich, nichts sind sie dann gewaltsam in das Zimmer des Mädchens eingedrungen, der eine durch die Tür, der andre durch das Fenster. Das Mädchen, das jetzt 16 Jahre alt ist, befandet unter Erdbeben, daß die beiden Gewalt angewendet haben. Ihren Zweck hätten sie freilich nicht erreicht, weil es sich energisch gewehrt und Lärm geschlagen habe. Andere Zeugen belasten die beiden Angeklagten ebenfalls sehr. Ein medizinischer Sachverständiger hält die Aussage des Mädchens für durchaus glaubhaft. Über auch die Angeklagten haben sich selbst verächtlich gemacht, weil sie nach der Tat ins Ausland wollten. Auch anderen Deutungen gegenüber haben sie sich als schuldig bekannt und erklärt, daß sie auf mehrere Monate Gefangen ist rechneten. Vor Gericht wollen sie freilich nicht eingestehen, daß sie Gewalt angewendet haben. Der Staatsanwalt hält die Schuld der beiden für voll und ganz erwiesen, plädierte aber auf Billigung mildernder Umstände. Die Angeklagten hatten sich den ultimatomantischen Rechtsanwalt Wolff Dortmund zum Verteidiger bestellt. Was dieser Herr sich leistete, bließ eben nur ein Ultramontaner leisten können. Daß er die Schuld der Angeklagten für nicht erwiesen hält, mag noch hingehen. Aber er machte einen unglaublichen Angriff auf das arme, armes Kind, dem er die uneheliche Geburt vorwarf. Der Herr sprach dann noch von erblicher Bestrafung und großer Fleischlicher Neigung aller unehelichen Geborenen! Von wo flammte diese wunderliche Kenntnis des Herrn? Für die Wüstlinge hatte ihr Verteidiger nur milde Worte. Das finden die echten ultramontanen Rechts- und Moralbegriffe. Den Wüstlingen wird alles verziehen, aber dem unehelichen Kind, dem Kind der Sünde, wie die Herren sagen, wird niemals verziehen, daß es zur Welt gekommen ist. So ist's bestellt in der von Gott gewollten christlichen Weltordnung. Die Geschworenen sprachen das Nichtschuldig aus. Danach blieb dem Gericht nur noch die Freisprechung übrig. — So lange die Geschworenen ausgesetzt und ausgewählt und nicht aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen gesetzt werden, wird naturgemäß das Urteil der Geschworenen oft fast so häufig wie das gelehrter Richter dem Rechtsgefühl widersprechen.

Es gibt noch milde Richter! Aus Biengen wird gemeldet: "Der gnädige Herr mit Reipische und Revolver. Wegen Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens und wegen Mißhandlung war ein Rittergutsbesitzer aus dem Landkreis Leynitz angeklagt. (Den Namen des „Hochdeien“ schweigen die Blätter tot!) Er soll sich gegen ein Dienstmädchen, eine sogen. „Stube“, von der er angesehen glaubte, daß sie es ihm nicht über nehmen würde, brutal attackiert haben. Dies wurde nun seinem Ehemann hinterbracht, welche nun ihrem Gatten eine „häusliche Szene“ bereitete. Der Angeklagte forderte nun das Mädchen aus seinem Zimmer, um sich seiner Ehefrau gegenüber zu rechtfertigen, da er diese „Schmach“ nicht auf sich sitzen lassen konnte. Als nun aber das Mädchen den Sachverhalt lediglich bestätigte, wurde der ondäige Herr sichtbar ungnädig, ging auf dasselbe mit der Reipische los und versegte dem Mädchen, das nunmehr zu fliehen suchte, mit der Reipische mehrere Schläge auf den Rücken, wie Augen in der Gerichtsverhandlung beobachteten. Dann schrie der gnädige Herr: „Wenn ich das S... A... erwischt, schlage ich sie tot.“ Dabei ergriff er einen Revolver und rief, daß er jeden erschießen werde, der ihn in seiner „Ehre“ angreife. Um dem Worte die Tat folgen zu lassen, gab er aus dem Revolver einen Schuß ab. Der Amtsgericht beantragte — 30 Mark, der Gerichtshof erkannte auf — fünfzehn Mark Geldstrafe oder drei Tage Gefängnis.“ — Und da gibt es Leute, die glauben, ein Gericht könne nicht solde urteilen. Natürlich sind es Streitende die solche Zweifel äußern!

Befreite Höflichkeit. Merkwürdige Ordnungsstrafen seitens des Gerichts machen immer Fortschritte. Während einer Verhandlung vor dem Amtsgericht in Hannover mußte ein Schöffe urteilen. Das veranlaßte den Möbelhändler B., der sich in jener Verhandlung wegen eines kleinen Vergehens zu verantworten hatte, ihm ein freundlich argloses „Brodt“ zuzurufen. Den Dank dafür erstattete ihm der Vorsitzende des Gerichts in

Gestalt einer Strafe von 10 Mr. wegen Ungehöflichkeit vor Gericht. Daß die also bestraft Artigkeit nicht etwa ironisch gemeint war, geht daraus hervor, daß der niedrige Schöffe auf das feindliche „Brodt“ im Begriff war, sich dankend zu beobachten, als ihn der Gerichtsschreiber auf seinem Stuhl festhielt. Daß eine vielleicht etwas ungewöhnliche aber sooft durchaus nicht ungebührlich gemeinte Höflichkeit eine freudbare Ungeblüte vor Gericht darstellen soll, dürfte wohl außerhalb des Gerichts nur bei jenen Bureaukraten bestehen, die von ihrer Tüchtigkeit im Gegensatz zu anderen Gebevölkern überzeugt sind. Erklären Sie öffentlich Brodt und Brüder, so würde Ihnen vielleicht klar werden, wie wenig lateinische Körpfermaße dazu gehören. Auch solche Richter sind zur Klärung der Wahrheit gut, daß die Rechtsprechung einer Klassenjustiz keine Anspruch darauf erheben kann, gerecht zu sein.

Martharium eines Lehrlings. Eine milde Strafe verhängte das Brunnenschweizer Schöffengericht über den Bädergesellen Früh Schulze. Der Geselle war mit den Bädern und dem Beiraten des seiner Ansicht unterstellten Lehrlings Karl Löffelholz wenig zufrieden und ließ seine Wit darüber in unmenschlichen Misshandlungen aus. Läßt er prügelte er den Jungen nicht nur mit der Faust, sondern mit jedem Instrument, das ihm gerade zur Hand lag, mit dem Holzholz, mit Eisenstangen usw. Mehrmals drohte er, ihn sogar zu töten, und traf dann hierzu in grausamster Weise seine Vorbereitungen. „Jetzt mußt Du sterben!“ schrie er ihn an, hielt ihn das Gesicht auf einen Holzblock legen, zog sein Messer aus der Tasche und begann ihm den Hals abzuschneiden. Erst nachdem er einen tiefen Schnitt gemacht hatte — der Lehrling wies später der Polizei noch eine mehrjährige Narbe am Hals vor — stellte er die höfliche Prozedur ein. Ein andermal legte er dem Jungen einen Strick um den Hals, hieb ihm, dem andern Lehrling Abtei zu sagen und hängte ihn dann so an der Wand auf, daß die Fußspitzen gerade noch den Boden berührten. Als der also „Hingerichtete“ bereit wurde, fragte er bestürztlos zu Boden. Das Gericht hält 4 Fälle schwerer Körperverletzung und 27 Fälle einfacher Körperverletzung für erwiesen und verurteilte Schulze zu 2½ Monaten Gefängnis. Als strafwillig wurde die bissige Unbescholtenheit des Gesellen und die Niedergangstigkeit des Lehrlings, der den Gesellen durch sein Verhalten gerecht hielt, in Betracht gezogen, ferner aber auch die ungenügende Beaufsichtigung durch den Lehrer.

Die Ehre des Herrn Leutnants. Das Schöffengericht Nürnberg fallte ein Urteil, das zum schärfsten Prozeß herausfordern muß. Der Schuhmacher Johann Endlein hatte an einem Aprilstage des vorigen Jahres mit einigen Freunden im Wirtshaus gezecht. Als sie fortgingen, waren sie, besonders Endlein, ziemlich stark betrunken. An einer Straßencke bezogenen sie einem abgelösten Militärvorposten, der von einem Gesellen geführt wurde, zu gleicher Zeit kam ein Leutnant per Fahrrad daher. Der Geselle rückte vor. „Schrift gefaßt! Augen rechts!“ Endlein schwieg das Kommando nach, worauf der Leutnant vom Rad sprang, den Gesellen zu sich heranzog und ihm gebot, den Knöchlein auf die Militärwache zu führen. Dieser ging willig mit. Auf der Wache stellte ihn der Leutnant zur Rede, wie Knöchlein behauptet, in barscher, schreiender Weise. Der Geselle erwiderte darauf: „Nur langsam, nur langsam, nur keine so große Schnelligkeit. Ich fürchte mich nicht, ich bin doch kein Sub, daß man mir mit dem Säbel den Kopf auseinander schlägt. Ich darf doch noch einen Spaz amachen.“ Diese gewiß harmlosen Neuerungen eines Befrunkenen gaben Anlaß zu einer Straftat. Der Leutnant schämte sich in seiner besonders gearteten Ehre gekränkt und meldete die Sache seinen Vorgesetzten, der Oberst stellte darauf Strafantrag wegen Beleidigung. Der Amtsgericht beantragte zwölf Monate Gefängnis, weil die Neuerungen des Knöchlein geeignet seien, den Leutnant in seiner Ehre herabzusehen, und die Disziplin im Heere zu untergraben — ein Ausspruch, der weder für die Leutnantsehre noch für die Disziplin im Heere eine Schmeichel ist. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis, wobei noch die Betrunkenheit des Angeschuldigten als mildernder Umstand in Betracht gezogen wurde!

Berlegenheit nicht entgangen war, argwöhnte, daß der Gedanke noch niemals gekommen sei.

Sie beschrieb Lady Joan als nicht schön, gewiß nicht schön; Niemand würde sie für schön halten. Viele würden sogar das Gegenteil von ihr denken, und dennoch hätte sie einen Ausdruck, einen ganz eigenwilligen Gesichtsausdruck, welcher sie, nach Lady Marnay, mehr als schön mache. Und sie war sehr, sehr gescheit, außerordentlich gescheit.

Und sehr gebildet?

„Wehr als das; ich hörte sogar Männer sagen, daß Marmur so viel wüsste, als sie.“

„Ein regelrechter Blaustumpf.“

„O, ganz und gar kein Blaustumpf, nicht diese Art des Wissens. Aber Sprachen und gelehrte Bücher, arabisch und hebräisch, und alte Manuskripte, — darin ist sie zu Hause. Und dann hat sie eine Sternwarte und war die erste, die neulich den Komet entdeckte. Dr. Badland schwört auf sie, und sie korrespondiert mit Arago.“

„Und Ihre Schwester, ist sie ihr ähnlich?“

„Lady Maud? Sie ist sehr fromm. Ich kenne sie nicht so gut.“

„Ist sie hübsch?“

„Manche bewundern sie sehr.“

„Ich war niemals in Mowbray. Was für ein Ort ist es?“

„O, es ist sehr großartig,“ sagte Lady Marnay; „aber, wie alle Schlösser in Fabrikdistrikten, sehr unangenehm. Man sieht nie einen klaren Himmel; der Toilettentisch ist immer mit Staub bedeckt, die Kleider im Park stehen aus, als ob sie in Linie getaucht wären und was die Schafe anbetragen.“

(Fortschreibung folgt)